Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags
Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Burscheider Zeitung

für die Stadtgemeinde Burscheid

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungs-Beilage (Donnerstag), Landmanns Sonntags-Blatt (Freitag), Der Sonntag (Samstag)

Nr. 158 | Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 | **Burscheid, Freitag, 8. Juli 1932** | Postscheckkonto 28571 Köln Fernsprech-Anschluß Nr. 431 | **72. Jahrgang**

Bergbau-Debatte im Landtag

Der Preußische Landtag erledigte in seiner Plenarsitzung am Donnerstag zunächst

Kleine Vorlagen.

Eine größere Anzahl von Anträgen verschiedener Fraktionen werden ohne Debatte in die Ausschußberatung verwiesen. Die Beschlüsse des Geschäftsordnungsausschusses über die Einsetzung neuer Ausschüsse und die Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Dr. h. c. Braun usw., die vom Plenum angenommen werden sollten, werden auf Antrag Bugdahn (Soz.) von der Tagesordnung abgesetzt.

Dann wird die Beratung von Anträgen und Interpellationen über

Bergwerksfragen

fortgesetzt.

Abg. Rütten (Zentr.) erklärt, daß seine Partei unter allen Umständen die Verhinderung der Stillegung der Zeche „Dickesche Heide" sowie weitere Zechenstillegungen überhaupt verlange.

Abg. Hausladen (Komm.): Das kapitalistische System sei grundsätzlich und immer auf die Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen eingestellt. Dennoch wollten die Nationalsozialisten an dem kapitalistischen System festhalten. Der Redner begründet den kommunistischen Antrag gegen Stillegungen und verlangt Beschlagnahme der Zeche „Dickesche Heide" und ihre Ueberlassung an die Arbeiterschaft zur eigenen Bewirtschaftung.

Abg. Dr. von Waldthausen (Dnatl.) bezeichnet die Rede des Abg. Rütten nur unter dem Gesichtspunkt als verständlich, daß Rütten dem Landtag bisher nicht angehört habe. Die von ihm erhobenen Vorwürfe habe man schon hundertemale im Landtag gehört und seien ebenso oft als unbegründet zurückgewiesen worden.

Oberberghauptmann Flemming legt darauf nochmals die Gründe dar, die gegen die Fortführung der Wenzeslausgrube sprechen. Die Reichsregierung habe sich nach eingehenden Prüfungen entschlossen, keine weiteren Mittel zur Verfügung zu stellen. Auch die Finanzlage Preußens lasse eine Hilfe nicht zu. Alle verfügbaren Geldmittel müßten vielmehr dafür eingesetzt werden, um der Belegschaft eine neue und weniger gefährliche Lebensmöglichkeit zu schaffen. Die vorliegenden Anträge erweckten neue, unerfüllbare Hoffnungen bei der schwergeprüften Belegschaft. Deshalb müsse endlich einmal festgestellt werden, daß mit einer Wiederaufnahme des Betriebes mit Hilfe öffentlicher Mittel nicht zu rechnen sei. Der Regierungsvertreter bittet, den Ausschußantrag über die Fortführung der Notstandsarbeiten abzulehnen und die Regierung bei ihren Bestrebungen auf Ansiedlung der arbeitslos gewordenen Grubenarbeiter zu unterstützen.

Abg. Biester (Deutsch-Hann.) befaßt sich mit der Lage des Harzbergbaues und bezeichnet es als ein gefährliches Operieren mit der Mentalität der Bevölkerung, wenn man nur alles auf die Rentabilität abstellen wolle.

Abg. Stangier (Nat.-Soz.): Nicht mehr der Arbeiter der Faust, sondern auch der Arbeiter der Stirn werde von dem liberalistisch-kapitalistischen System ausgebeutet. Es sei geradezu eine Schamlosigkeit, wenn der sozialdemokratische Redner sagt, seine Partei habe mit diesem System nichts zu tun.

Abg. Kube (Nat.-Soz.): Die vollgefressenen Bonzen der SPD. hätten es für geschmackvoll gehalten, die Ausführungen eines deutschen Arbeiters, der selbst Bergmann sei, durch dämliche Bemerkungen zu unterbrechen.

Abg. Dr. Osterroth (SPD.), der dann das Wort erhält, wird von den Nationalsozialisten mit dem Zuruf „Vollgefressener Gewerkschaftsbonze" empfangen. Der Redner verwahrt sich entschieden gegen diesen Zuruf und betont, daß er seit mehr als 40 Jahren im privaten und staatlichen Bergbau seine Pflicht getan habe. (Dauernde Unterbrechungen bei den Nationalsozialisten). Zur Frage der Schließung der oberschlesischen Borsigwerke spricht der Redner von schwerem Verschulden der Borsias.

Abg. Harsen (Zentr.) erinnert daran, daß seine Fraktion schon vor längerer Zeit den Antrag eingebracht habe, alles zu versuchen, um die Stillegung der Zeche „Dickesche Heide" zu vermeiden. Der Redner bedauert, daß die Dinge hinsichtlich der Wenzeslausgrube diesen Verlauf genommen hätten. Eine Schuld der politischen Parteien liege nicht vor, wenn diese Grube nicht weiter geführt werde. Jedenfalls müsse man aber, auch aus grenzpolitischen Gründen, schleunigst für Ansiedlungen dort sorgen. Leider zeige die neue Reichsregierung hier nicht die notwendige Weitsicht. Das gleiche gelte für den Harzbergbau.

Abg. Schlag (Komm.) erörtert vor allem das Elend im mitteldeutschen Braunkohlengebiet einschließlich der Kaligebiete. Er spricht vom „Mansfelder Hungerlande".

Abg. Martin (Dnatl.) meint, daß die Verhandlungen dieser beiden Tage unwiderleglich erwiesen hätten, wie auch der deutsche Bergbau sich in einer katastrophalen Lage befände. Diese Feststellung sei notwendig gegenüber dem törichten Gerede in Lausanne von der angeblichen deutschen Zahlungsfähigkeit.

Vizepräsident Haake ruft den Abg. Kube wegen seiner Aeußerung über die „vollgefressenen SPD-Bonzen" nachträglich zur Ordnung und erklärt, die Androhung von „Brachialgewalt" könne er nicht billigen und würde demgegenüber die Präsidialgewalt einsetzen.

Abg. Vogt (Soz.) erklärt, einer vernünftigen Rationalisierung werde die Sozialdemokratie auch in Zukunft nichts in den Weg legen. Die Hochkonjunkturmaßnahmen der letzten Jahre hätten aber mit Rationalisierung nichts zu tun. Man müsse alles tun, um künftigen Wirtschaftskatastrophen vorzubeugen.

Das Haus vertagt dann die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr, vorher Amnestievorlage.

Ein Osthilfeantrag

Das Zentrum hat im Preußischen Landtag einen Antrag eingebracht, in dem es heißt, daß die Umschuldung im Osthilfegebiet erneut ins Stocken zu kommen drohe, weil die Frage der Lombardierung der Ablösungsscheine ungeklärt sei. Es bestehe vorläufig keinerlei Aussicht, die Ablösungsscheine verwenden zu können. Auch sei infolge der Verzögerung der Umschuldung die Liquidität der Kreditinstitute schwer gefährdet, und die Kommunen kämen in größte Bedrängnis. Das Staatsministerium wird ersucht, darauf hinzuwirken, daß die Ablösungsscheine unverzüglich der Landwirtschaft zugängig gemacht werden, eine Lombardierungsmöglichkeit sichergestellt wird und weitgehend Vorschüsse auf die laufenden Umschuldungsanträge gewährt werden.

Rückgang der Arbeitslosenzahl

In der zweiten Hälfte des Juni ist die Zahl der Arbeitslosen um 93000 auf 5 456 000 zurückgegangen

Um die Immunität des Ministerpräsidenten Braun

Voraussichtlich im Plenum keine Mehrheit für die Aufhebung

Die Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages hielt am Donnerstagmittag eine Sitzung ab. Anwesend war auch der Präsident des Preußischen Staatsrates, Adenauer, der zur Amnestiefrage Ausführungen machte. Das Ergebnis der sich anschließenden Aussprache war, daß das Zentrum seinen bisherigen Standpunkt nach wie vor aufrechterhält.

Nach eingehender Erörterung des Antrages des Rechtsanwalts Frank II (München) auf Aufhebung der Abgeordnetenimmunität des preußischen Ministerpräsidenten Braun zwecks Strafverfolgung wegen übler Nachrede und Beleidigung Adolf Hitlers kam die Fraktion dahin überein, an ihrer bisherigen Praxis festzuhalten, grundsätzlich gegen die Aufhebung der Immunität zu stimmen, vor allen Dingen, wenn diese Anträge nicht von der Justizbehörde gestellt werden.

Danach ist anzunehmen, daß der Beschluß des Geschäftsordnungsausschusses, die Abgeordnetenimmunität des Ministerpräsidenten Braun aufzuheben, vom Landtag nicht bestätigt wird. Die Zentrumsmitglieder hatten im Ausschuß mit den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen für die Aufhebung der Immunität gestimmt. Wenn das Zentrum jetzt im Plenum gegen die Aufhebung stimmt, so ist eine Mehrheit dafür nicht mehr vorhanden, vorausgesetzt natürlich, daß die übrigen Fraktionen bei ihrer im Ausschuß eingenommenen Haltung bleiben.

Beschleunigte Vorbereitungen zur Weltwirtschaftskonferenz

Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung aus Genf erfährt, sollen zur Vorbereitung der von Macdonald geplanten Weltwirtschafts- und Finanzkonferenz, die gegebenenfalls unter Mitwirkung des Völkerbundes stattfinden soll, unmittelbare Schritte bevorstehen, die diese Zusammenarbeit zum Ausdruck bringen werden. Man rechnet damit, daß der Völkerbundsrat auf Grund einer Aufforderung durch den englischen Ministerpräsidenten sofort nach Abschluß der Lausanner Konferenz, vielleicht noch diese Woche, zu einer Sondertagung einberufen werde, um die erforderlichen Beschlüsse zu fassen.

einige Anträge der Nationalsozialisten auf Aufhebung des Verfassungsfeiertages, auf Rückgängigmachung der durch die Reichsnotverordnung vom 14. Juni 1932 durchgeführten Rentenkürzungen und ein Mißtrauensantrag gegen Innenminister Leuschner behandelt werden.

Rücktritt der thüringischen Regierung

Aus Weimar, 7. Juli, wird gemeldet: Nach einer heute nachmittag abgehaltenen Kabinettssitzung richtete die thüringische Landesregierung an den Präsidenten des Thüringischen Landtags folgendes Schreiben:

„Bei der Beratung des Staatshaushaltsplanes für 1932 sind vom Landtag Beschlüsse gefaßt worden, die durchzuführen die Landesregierung nicht in der Lage ist. Wir treten deshalb als Mitglieder der Landesregierung zurück."

Noch kein Gesetzentwurf über den freiwilligen Arbeitsdienst im Reichskabinett

Entgegen Meldungen über die Fertigstellung des Gesetzentwurfes über den freiwilligen Arbeitsdienst erfährt das Contibüro von unterrichteter Seite, daß dieser Gesetzentwurf noch nicht dem Reichskabinett zugegangen ist. Da die zuständigen Ressorts bemüht sind, über die im Etat vorgesehenen 44 Millionen hinaus Mittel für diesen Aufgabenkreis freizumachen, kann der endgültige Gesetzentwurf erst nach der Rückkehr des Reichsfinanzministers Graf Schwerin von Krosigk fertiggestellt werden.

Der preußische Ergänzungsetat vom Staatsrat angenommen

In einer besonderen Sitzung beschäftigte sich der Preußische Staatsrat am Donnerstag mit dem von der Regierung vorgelegten Ergänzungsetat 1932, der die gemeldeten Sachkürzungen und Einnahmerückgänge neben den Ersparnissen aus der Beamtenzwangssparkasse und den höheren Einnahmen aus der Schlachtsteuer enthält. Nach umfangreicher Debatte nahm der Staatsrat den Ergänzungshaushalt zur Kenntnis mit einem besonderen Gutachten.

Die Indexziffer der Großhandelspreise im Monatsdurchschnitt Juni 1932

Die vom Statistischen Reichsamt für den Monatsdurchschnitt Juni berechnete Großhandelsindexziffer ist mit 96,2 gegenüber dem Vormonat um 1,0 v. H. gesunken. Die Indexziffern der Hauptgruppen lauten: Agrarstoffe 92,1 (minus 1,4 v. H.), Kolonialwaren 85,1 (minus 2,1 v. H.), industrielle Rohstoffe und Halbwaren 87,1 (minus 0,9 v. H.) und industrielle Fertigwaren 117,7 (minus 0,9 v. H.)

Der neue hessische Landtag

Unter außerordentlich starkem Andrang des Publikums begann die konstituierende Sitzung des Hessischen Landtages, die vom Alterspräsidenten Winter (Zentr.) eröffnet wurde. Von den Kommunisten wurde eine längere Erklärung verlesen, in der sie bei Erfüllung einer Reihe politischer Forderungen, wie die Nichtdurchführung der letzten Notverordnungen, die Freilassung politischer Gefangener usw., sich bereit erklärten, einem Landtagspräsidium zuzustimmen, in dem keine Nationalsozialisten vertreten sind. Das Zentrum erklärte, es halte an der bisherigen parlamentarischen Uebung fest, wonach die größte Partei den Präsidenten zu stellen habe. Von sozialdemokratischer Seite wurden die Bedingungen der Kommunisten abgelehnt, die darauf erklärten, daß sie auch ohne Annahme ihrer Bedingungen für ein nichtnationalsozialistisches Präsidium stimmen würden.

Bei der Präsidentenwahl wurde

der Abgeordnete Prof. Werner (Nat.-Soz.) mit 45 Stimmen zum Präsidenten gewählt.

Auf den Abgeordneten Delp (Soz.) entfielen 25 Stimmen. Zum ersten stellvertretenden Präsidenten wurde der Zentrumsabgeordnete **Weckler** mit 61 Stimmen gewählt. Zum zweiten Vizepräsidenten wurde der Abgeordnete **Klostermann** (Nat.-Soz.) gewählt. Er sowohl wie der Abgeordnete Delp erhielten 25 Stimmen. Das Los entschied für den nationalsozialistischen Abgeordneten.

Vom Zentrum wurde dem Landtage eine **Entschließung** unterbreitet, wonach der Landtag erwartet, daß die größeren Fraktionen alsbald, spätestens nach der Reichstagswahl, dem Lande eine **neue Regierung** geben. Gegen diese Entschließung stimmten die Kommunisten und die Nationalsozialisten, deren Fraktionsführer erklärte, die Nationalsozialisten würden bereits in den nächsten Tagen die entsprechenden Schritte zu der Regierungsbildung unternehmen.

Der Landtag nahm dann die Besetzung der Ausschüsse vor.

*

Nach längerer Beratung beschloß der Aeltestenrat des Hessischen Landtages, am Freitagvormittag 11 Uhr die

Wahl des Staatspräsidenten

vorzunehmen. Von gut unterrichteter Seite wird dem Wolffbüro dazu mitgeteilt, daß die Nationalsozialisten hierfür den nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Prof. Werner nominieren werden. Gleichzeitig werden noch

Französisches U-Boot gesunken

Ein französisches Unterseeboot ist auf der Reede von Cherbourg gesunken.

Nach einer weiteren Meldung trägt das gesunkene Unterseeboot den Namen „Promethee". Die Ursache des Unglücks ist unbekannt.

Sieben der an Bord befindlichen Personen wurden gerettet. Das Marineministerium gibt bekannt, daß das Boot eine Versuchsfahrt über Wasser machte und plötzlich 7 Meilen vor Kap Levy gesunken ist. Das Meer ist dort etwa 50 Meter tief.

Die Marinepräfektur von Cherbourg hat sofort alle Rettungsmittel eingesetzt. Auch die Marineflieger nehmen an den Rettungsarbeiten teil. Diese Arbeiten werden sehr erschwert infolge der starken Strömungen, die in dieser Gegend ständig zu verzeichnen sind.

Weiter wird berichtet: Gerettet sind bisher ein Marineleutnant, ein Fähnrich z. S. drei Deckoffiziere und zwei Matrosen.

Zur Zeit der Katastrophe befanden sich an Bord 56 Mann der Besatzung und 17 Ingenieure und Arsenalarbeiter. Es werden also 66 Menschen vermißt.

Das U-Boot ist ein Boot erster Klasse. Es hat 1370 Tonnen Raumverdrängung. Vom Stapel lief es im Oktober 1930.

Ueber das Unglück, das dem französischen U-Boot „Promethee" zugestoßen ist, verlauten folgende Einzelheiten:

Auf der Probefahrt sollten gewisse Konstruktionseinzelheiten besser geregelt und eingestellt werden. Aus diesem Grunde befanden sich auch außer der Besatzung eine Anzahl Ingenieure und Arsenalarbeiter an Bord. Die Offiziere und Mannschaften, die gerettet wurden, befanden sich im Augenblick des Unglücks auf der Kommandobrücke. Fischerboote eilten sofort an die Unfallstelle und konnten diejenigen Mitglieder der Besatzung retten, die ins Wasser gefallen waren. Gerettet wurde auch der U-Boot-Kommandant. Dieser war durch das Unglück so stark mitgenommen, daß er am Telephon dem Kriegsmarineminister in Paris keine genauen Angaben über den Hergang der Katastrophe machen konnte.

Das U-Boot war, wie „Matin" berichtet, 96 Meter lang, 9 Meter breit und hatte 5 Meter Tiefgang. Als Antrieb hatte es zwei Diesel-Sulzer-Motoren von je 500 PS. und zwei Dynamo von 2000 PS. Seine Geschwindigkeit betrug über Wasser 18 und unter Wasser 8 Knoten. Die Bestückung bestand aus 12 Torpedorohren, Kaliber 550, zwei Geschützen und einem Maschinengewehr. Die vorschriftsmäßige Besatzung des U-Bootes umfaßt 65 Mann. Das

Was Versailles uns entriß . . .



Zur Erinnerung an die Schmach von Versailles und an die vom deutschen Vaterland abgetrennten Gebiete wurde auf dem Ravensberg bei Bad Sachsa im Südharz ein Gedenkstein errichtet, dessen Einweihung sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung gegen das Versailler Diktat gestaltet

---

U-Boot war so gebaut, daß es Kreuzerfahrten bis zu 30 Tagen durchführen konnte.

Hoffnung für einen Teil der Besatzung?

Wie Havas mitteilt, darf man hoffen, daß der Teil der Besatzung des U-Bootes, der sich im Augenblick des Unglücks im Innern des Bootes befand, Zeit hatte, die Schotten zu schließen, um so ein Eindringen des Wassers in das gesunkene Boot zu verhindern, vorausgesetzt natürlich, daß das U-Boot beim Sinken nicht leck geworden ist. Unter diesen Umständen würde für die Besatzung und das Boot eventuell keine unmittelbare Gefahr bestehen. Allerdings sind die Rettungsarbeiten wegen der Meerestiefe und wegen der Strömungen sehr schwierig. In Cherbourg befindet sich das Hebedock für Unterseeboote. Das begünstigt die Rettungsarbeiten. Der Lageort des gesunkenen U-Bootes ist noch nicht genau festgestellt.

Der Reichsrat

verabschiedete in seiner Vollsitzung am Donnerstag die Ausführungsvorschriften zum

Weingesetz.

Die neuen Vorschriften wollen dem Fortschritt in der Weinherstellung Rechnung tragen, die bisherigen Vorschriften der Rechtsprechung anpassen und verfolgen

das Ziel, den Qualitätswein zu schützen und dem Verbraucher Gewähr gegen Täuschungen zu bieten.

Diesem Ziele dienen namentlich die schärfere Fassung der Vorschriften über Kellerbehandlung und die Einschränkung der Phantasie- und Qualitätsbezeichnungen. Weiter soll der inländische Weinbau und Weinhandel gegen übermäßige Konkurrenz des Auslandes geschützt werden. Die Reichsratsausschüsse haben nach langwierigen Beratungen eine Reihe von Aenderungen an der Vorlage vorgenommen. In der Aussprache gaben die Vertreter der Rheinprovinz und Württembergs Erklärungen ab. Der Vertreter der Rheinprovinz bat die Regierung, die Interessen der Rotweingebiete an der Ahr und am Mittelrhein aufmerksam zu beobachten und notfalls eine Aenderung der Bestimmungen ins Auge zu fassen. Er bat ferner um baldige Vorlegung der einheitlichen Richtlinien für die Durchführung des Gesetzes. Der württembergische Vertreter bedauerte, daß den württembergischen Wünschen wegen der Fassung der Bestimmungen über den Traubensüßmost nicht Rechnung getragen worden sei.

Des weiteren genehmigte der Reichsrat eine

Aenderung der Reisekostenbestimmungen für Beamte,

die eine Einschränkung der Benutzung von Eil- und Schnellzügen bringt, eine

Aenderung des Opiumgesetzes,

wonach auch Stoffe, aus denen Rauschgifte hergestellt werden können, den Bestimmungen unterliegen und weitere Vorlagen von minderer Bedeutung.

Aus den Parteien

Die Kandidaten der D. V. P. auf der deutschnationalen Reichsliste

Wie die Börsenzeitung hört, sollen auf Grund der bekannten Listenverbindung zwischen Volkspartei und DNVP. folgende Volksparteiler auf der deutschnationalen Reichsliste kandidieren: Dingeldey, Dr. Hugo, Geheimrat Dr. Zapf, Bankdirektor v. Stauß, Frau Dr. Max und Postdirektor Morath. Bis auf Geheimrat Dr. Zapf gehörten alle auch dem letzten Reichstag als Mitglieder der volksparteilichen Fraktion an.

Die Uniform der SA

Der „Völkische Beobachter" erklärt Behauptungen, daß die Neuuniformierung der SA 15 Millionen Mark gekostet habe, für falsch. Die SA sei gar nicht neu uniformiert worden. Jeder SA- und SS-Mann bestreite seine Uniformierung aus eigener Tasche. Keine Organisationsstelle der NSDAP habe irgendeinen Betrag für einen solchen oder einen anderen Zweck aus einem „besonderen Fonds" der Reichsregierung erhalten.

Vor der Endschlacht in Lausanne

Der Vertragsentwurf Macdonalds

Der Korrespondent der „Financial Times" in Lausanne glaubt über den Vertragsentwurf melden zu können, daß dieser aus vier Teilen bestehe. Die Hauptpunkte des Vertrages lauteten:

1. alle künftigen Reparationszahlungen Deutschlands, die sich aus dem Kriege ergeben, werden aufgehoben.

2. Angesichts dieser Aufhebung erklärt Deutschland sich bereit, in mehreren Annuitäten eine Gesamtsumme von drei Milliarden Mark zu zahlen, die für einen allgemeinen europäischen finanziellen Wiederaufbau-Fonds zu verwenden sind.

3. Infolge der Beseitigung der Reparationen wird Teil 8 des Versailler Vertrages, der sich auf Reparationen und auf Deutschlands Verantwortlichkeit für den Krieg bezieht, außer Kraft gesetzt.

4. Die finanzielle Kontrolle über die Reichsbank und die deutschen Eisenbahnen wird aufhören.

5. Der vorliegende Vertrag wird erst dann in Kraft treten, wenn er von den Parlamenten der vertragschließenden Parteien ratifiziert ist.

6. Die Signatarmächte verpflichten sich, im einzelnen und gemeinsam keine Handlung zu begehen, die den wirtschaftlichen Frieden der Welt stören könnte.

Der Korrespondent fügt hinzu, die Franzosen hätten verlangt, daß der 3. Punkt abgeschwächt werde. Herriot sei sehr befremdet gewesen über eine Klausel, die den Deutschen auf Kosten der Alliierten einen Gefallen tue, aber Macdonald habe ihm erklärt, er selbst habe den Text verfaßt, und zwar nicht als britischer Premierminister, sondern als Präsident der Konferenz.

Besonders scharfer Angriff des „Echo de Paris" auf Macdonald

Der Außenpolitiker des „Echo de Paris" leitet sich einen besonders scharfen Angriff gegen den Vorsitzenden der Lausanner Konferenz,

Macdonald,

Er behauptet, dieser habe in der Sitzung des Büros der Alliierten

erklärt: „Das Schauspiel, das Sie hier bieten, erregt bei der öffentlichen Meinung in England Abneigung".

Die Echtheit dieser Aeußerung sei dem Korrespondenten von mehreren Zeugen bestätigt worden. Es hätte Macdonald, so fährt das Blatt fort, gesagt werden müssen, daß er mehr als irgendein anderer die direkte Verantwortung für die Schwierigkeiten in Lausanne trage. Habe doch Macdonald seit Monaten, ja seit Jahren alle Thesen formuliert und verbreitet, hinter denen sich jetzt „die Unnachgiebigkeit der Deutschen und ihre Vertragsverachtung" verschanzten. Wenn man vielleicht noch zulassen könnte, daß Männer wie Asquith, Balfour oder Clemenceau den Vertretern der alliierten Länder während des Krieges eine Lektion erteilten, so könne doch Macdonald auch nicht im geringsten das gleiche Recht eingeräumt werden. Er bilde sich etwa ein, daß man auf Grund der hohen Stellung, die ihm das englische Volk in einer Gefühlsbewegung übertragen habe, die Haltung vergessen werde, die er 1914 gegen sein Vaterland und gegen die europäischen Freiheiten eingenommen habe, oder daß man das Werk der Zerstörung der englischen Wirtschaft vergessen könnte, mit dem in den Jahren 1924 wie 1929 bis 1930 der Name Macdonald verbunden sei.

Der Gang der Unterhandlungen am Donnerstag

Aus Lausanne, 7. Juli, meldet das Wolffbüro: Die gestern abend unterbrochenen Verhandlungen haben heute früh wieder begonnen. Reichskanzler von Papen in Begleitung von Staatssekretär von Bülow und Ministerialdirektor Dr. Gaus, die auch gestern abend an den Verhandlungen teilnahmen, sind um 10 Uhr bei Herriot im Palace-Hotel eingetroffen. An den Verhandlungen nimmt diesmal Macdonald nicht teil, hauptsächlich wohl deshalb, weil sich sein Befinden seit gestern abend noch nicht gebessert hat und er sich schonen muß.

Auf französischer Seite ist jedoch Paul Boncour zugezogen worden, was die Version unterstützt, daß es sich jetzt

hauptsächlich noch um die politischen Fragen

handelt, während in der Ziffernfrage weniger große Schwierigkeiten bestehen.

Die Vormittagsbesprechung Papen—Herriot dauerte bis 12 Uhr. Ein Erfolg ist noch nicht erzielt; die Besprechungen gehen nachmittags weiter. Beim Verlassen der Sitzung gab Herriot auf Befragen die Auskunft, man befinde sich

in einem Dickicht von Texten, durch das Wege geschlagen würden.

Der allgemeine Eindruck ist etwas hoffnungsvoller.

In einer weiteren Meldung heißt es dann: Es hat sich herausgestellt, daß der Komplex der politischen Konsequenzen, wie sie von deutscher Seite zur Erörterung gestellt werden, aber auch Wünsche und Argumente von der Gegenseite, einen solchen Umfang und eine solche Bedeutung haben, daß

das Zustandekommen einer restlosen Uebereinstimmung in der Kürze der noch zur Verfügung stehenden Zeit kaum als wahrscheinlich angesehen werden darf.

Auf französischer Seite handelt es sich dabei um gewisse Wünsche in der Richtung auf die Gedanken, die man früher als ein

politisches „Stillhalteabkommen"

bezeichnete. Welche Wirkungen diese beiderseitige Feststellung auf den Gang der Konferenz haben wird, ist im Augenblick noch nicht abzusehen. Es kann trotzdem ein gewisser Abschluß der Verhandlungen erreicht werden, aber auch eine Vertagung ist möglich. Jedenfalls bleibt die Entscheidung darüber bis zu der Sitzung des heutigen Nachmittags offen.

Die nächste Nachricht lautet: Die Konferenz wird, auch wenn aus zeitlichen Gründen der ganze erwähnte Fragenkomplex hier nicht mehr gelöst werden kann, einen Erfolg darstellen insofern, als sie

die ausgiebig erörterten Fragen der Reparationen und des wirtschaftlichen Wiederaufbaues völlig geklärt

hat und in jedem Falle in einem absehbaren, nahen Termin zu einer notwendigen und wünschenswerten Endlösung führt.

Dann kommt die Meldung: Reichskanzler v. Papen hat sich nachmittags um 4 Uhr

erneut zu Macdonald

begeben. Die Besprechung, an der neben dem Reichskanzler diesmal auch Reichsaußenminister Freiherr von Neurath teilnahm, dauerte bis 6.15 Uhr, d. h. gegen zwei Stunden. Sie führte

bisher nicht zu abschließenden Ergebnissen.

Englische Stimmen über Lausanne

Die englischen Pressemeldungen aus Lausanne erkennen zwar den Ernst der Lage an, lauten aber dennoch ziemlich zuversichtlich. Eine Reutermeldung besagt, die Verhandlungen seien soweit gefördert worden, daß es keiner Partei möglich sein werde, die Verantwortung für einen Abbruch zu übernehmen. Dieser Gedanke kommt auch in anderen Meldungen zum Ausdruck. So berichtet der Lausanner Korrespondent des „Daily Telegraph", die Lage habe Mittwoch abend hoffnungsvoller ausgesehen als 24 Stunden früher. Die allgemeine Empfindung sei, daß nach den bisher erzielten Fortschritten die Konferenz unmöglich abgebrochen oder vertagt werden könne, und daß eine Einigung erzielt werden müsse. Der Korrespondent spricht von der Möglichkeit, daß Deutschland in die Lage gebracht werde, dem Vertrag als Bestandteil eine einseitige Erklärung anzufügen, in der die Kriegsschuldklausel als null und nichtig bezeichnet werde.

Pertinax meldet dem „Daily Telegraph" aus Lausanne, es sei möglich, daß Herriot seine Forderung bezüglich der deutschen Schlußzahlung auf drei Milliarden herabsetzen werde, in der Frage der politischen Bedingungen aber werde er nicht nachgeben. Was die Kriegsschuldfrage anbelange, wolle Frankreich, daß der in Lausanne abzuschließende Vertrag lediglich besage, daß die Verpflichtungen Deutschlands aus Teil 8 des Versailler Vertrages durch das Lausanner Abkommen ersetzt werden. Die Engländer dagegen seien der Meinung, daß die Erklärungen ausdrücklich auf Artikel 231 des Teiles 8 Bezug nehmen sollten.

Im Gegensatz hierzu sagt „Daily Mail", hinsichtlich der Kriegsschuldklausel sei England genötigt, mehr auf Seiten der Franzosen zu stehen.

Der Korrespondent der „Morning Post" berichtet, Frankreich scheine bereit zu sein, Deutschland in der Frage der Schlußsumme auf halbem Wege entgegenzukommen. Die Kriegsschuldklausel werde wahrscheinlich bestehen bleiben, aber nur nominell; sie werde ihre Kraft verloren haben.

Der „Times"-Korrespondent erwartet, daß man sich auf drei Milliarden einigen werde und hält es für möglich, daß die Franzosen keinen Einwand gegen eine Klausel erheben werden, durch die Teil 8 des Versailler Vertrages aufgehoben wird, falls Artikel 231 nicht ausdrücklich genannt wird.

Sir Walter Layton spricht im „News Chronicle" die Ansicht aus, die in Lausanne erörterten Beträge für die deutsche Schlußzahlung seien nicht so hoch, daß ihr Zinsendienst eine Störung in die Finanzen und den Handel der Welt bringen werde.

In einem Artikel erörtert „Financial News" die Lausanner Konferenz in unzufriedenem Ton. Das Blatt hält an seiner schon früher ausgesprochenen Meinung fest, daß die britische Regierung sich zu völliger Annullierung ihrer Ansprüche gegenüber Europa hätte bereit erklären sollen unter der Bedingung, daß die europäischen Schuldner ihren Schuldnern gegenüber den gleichen Schritt tun. Der moralische Erfolg eines so kühnen und großmütigen Schrittes würde ungeheuer und geeignet gewesen sein, auf Amerika einen tiefen Eindruck zu machen.

Belgien und die Franktireurfrage

Zu einer Rede Vanderveldes in der belgischen Kammer, der in bezug auf die Franktireurfrage die Schuld an den Vorgängen zu Beginn des Krieges Deutschland gibt und für die Untersuchung durch eine neutrale Kommission eintritt, wird von deutscher amtlicher Seite erklärt, daß Deutschland schon vor Jahren den Vorschlag gemacht hatte, eine Untersuchungskommission über die Franktireur-Angelegenheit einzusetzen. Aus diesem Vorschlage könnte wohl jeder unabhängige Beobachter auf das gute Gewissen Deutschlands schließen, das eine derartige Untersuchung in keinem Falle zu scheuen braucht.

Die Staatspartei geht ohne Listenverbindung in den Wahlkampf

Der Gesamtvorstand der Deutschen Staatspartei hat mit 29 gegen 13 Stimmen bei 6 Enthaltungen beschlossen, im ganzen Reiche selbständig und ohne Listenverbindung in den Wahlkampf zu treten.

Es wurde weiter beschlossen, folgende Reichsliste aufzustellen: Reichsfinanzminister a. D. Dr. Dietrich, Lemmer, Frau Dr. Marie Elisabeth Lüders und Finanzminister a. D. Dr. Höpker-Aschoff.

Die Zeitungsverbote

Eine Entschließung des Reichsverbandes der Deutschen Presse

Der geschäftsführende Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Presse hat eine Entschließung gefaßt, in der er, ohne zu den Zeitungsverboten politisch Stellung zu nehmen, erneut die Beseitigung der Bestimmungen in der neuen Notverordnung fordert, die „in ihrer Auswirkung zweischneidig sind und eine mit dem Grundsatz der Pressefreiheit unvereinbare Belastung der deutschen Presse in ideeller und materieller Hinsicht darstellen".

Verbot des Donauboten in Donaueschingen? — Ein Ersuchen des Reichsinnenministers

Der badische Innenminister ist vom Reichsminister des Innern ersucht worden, die Tageszeitung „Donaubote" in Donaueschingen auf die Dauer von fünf Tagen zu verbieten. Anlaß zu diesem Ersuchen gab ein Artikel in der Nummer des genannten Blattes vom 25. Juni 1932, in dem er eine bewußte und böswillige Verächtlichmachung des Reichswehrministers erblickte. Der badische Innenminister hat dem Ersuchen nicht entsprochen und die Entscheidung des Reichsgerichts angerufen.

Verbot der „Süddeutschen Arbeiterzeitung"

Die „Süddeutsche Arbeiterzeitung" ist für drei Tage vom Polizeipräsidenten in Stuttgart verboten worden. Auch wurde dem Blatt untersagt, die Begründung des Verbots zu veröffentlichen.

Herriots grundsätzliche Ablehnung

Das Wolffbüro meldet aus Lausanne, 7. Juli: Der heutige Tag scheint eine Entscheidung in Lausanne gebracht zu haben, obwohl ein formeller Abschluß auch nur der jüngsten Verhandlungsepoche nicht vorliegt.

Herriot befindet sich zurzeit bei Macdonald, mit dem er auf seinem Zimmer gespeist hat, und dürfte dabei über das Ergebnis der Aussprache unterrichtet werden, die heute nachmittag der Reichskanzler und der Reichsaußenminister mit dem Konferenzpräsidenten gehabt haben.

Die Entscheidung, die von Seiten der Franzosen mindestens vorläufig gefallen ist, scheint einen Erfolg innerhalb des großen Rahmens, der der Konferenz durch ihre Anlage und ihre Vorgeschichte, die Sachverständigengutachten usw. gestellt war, zu vereiteln: Die Diskussion einer Beseitigung der Reparationen in Verbindung mit dem Wegfall der sogenannten Diskriminationen Deutschlands. Die hartnäckige Ablehnung Herriots, solche, wie er es ausdrückte, politische Punkte zu erörtern, wird nunmehr als gegeben angesehen werden müssen, obwohl Macdonald das große Ereignis, den Abschluß der Kriegsepoche, die Herbeiführung einer neuen Aera und damit die psychologischen Voraussetzungen für einen neuen wirtschaftlichen Aufstieg als wenigstes erstrebte und auch ungeachtet seines Gesundheitszustandes sich dafür eingesetzt hat. Es handelt sich auch nicht, wie von ausländischer Seite gelegentlich unterstellt wird, um einen Streit um die Formulierung dieser politischen Differenzpunkte, sondern um deren prinzipielle Ablehnung.

Es bleibt also im Augenblick nur die Möglichkeit einer Lösung des eigentlichen Reparationsproblems in engerem Rahmen, das ursprünglich einen Punkt des Lausanner Programms, wenn auch den für Deutschland vordringlichsten darstellte. In dieser Beziehung sind eine Reihe von Schwierigkeiten noch zu überwinden, die sich auf die Bedingungen für den vorgesehenen Plan, auf die Ziffernfrage, auf die Verfallfrist für nicht gegebene Bonds, auf die Verpflichtungen bezüglich anderer deutscher Auslandsanleihen, auf den Ausgabekurs usw. beziehen.

Die deutschen Bemühungen, den weiten Rahmen der Konferenz sicherzustellen, der allein Gewähr für einen vollkommenen Wiederaufbau des Vertrauens und damit wirtschaftlicher Möglichkeiten im allgemeinen Interesse zu bieten schien, sind im Augenblick als gescheitert anzusehen, obwohl gerade die Vereinigung der politischen Atmosphäre als eine Voraussetzung für den Erfolg finanzieller Regelungen nicht nur von uns, sondern von den Baseler Sachverständigen angesehen und von Macdonald in der Eröffnungsrede unterstrichen worden ist.

Die Bemühungen, die Konferenz dennoch zu einem, wenn auch vielleicht zunächst erheblich beschränkteren Ziele zu führen, werden fortgesetzt; die äußeren Bedingungen dafür sind im Augenblick noch nicht festgelegt.

Englische Abrüstungsvorschläge

Auf Ersuchen des Führers der Opposition im Unterhause, Lansbury, der um eine Erklärung über die Abrüstungskonferenz bat, sagte **Baldwin:**

„Die Abrüstungskonferenz hat ein Stadium erreicht, wo wir die augenblickliche Lage unserer Erörterungen überblicken und ohne Zeitverlust an der Erfüllung und Feststellung praktischer Schlüsse zusammenwirken müssen. (Beifall.) Die Regierung des Vereinigten Königreiches begrüßt herzlich die Erklärung des Präsidenten Hoover als einen Beitrag zu diesem Ziel. Wir begrüßen sie auch, weil sie ein wirklich substanzielles Maß der Abrüstung fordert, und weil sie versucht, die beiden Grundsätze qualitativer und quantitativer Beschränkung anzuwenden.

Präsident Hoover sagt, daß Verminderungen durchgeführt werden sollen nicht nur durch weitere allgemeine Herabsetzung der Rüstungen, sondern durch die Erhöhung der verhältnismäßigen Verteidigungskraft in Gestalt einer Herabsetzung der Offensivkraft. Wir wünschen, uns diesen Auffassungen anzuschließen und alles zu tun, was wir beitragen können, um ihre praktische Anwendung zu erreichen. Das Kabinett hat die Erklärung des Präsidenten Hoover in diesem Geiste erwogen, und was ich über gewisse praktische Punkte sagen werde, wird gesagt, um dem tiefen Wunsch, Zusammenarbeit und Vereinbarung, zu fördern. Der Erfolg in Genf hängt von allgemeiner Uebereinkunft ab, und die amerikanische Delegation hat es klar gemacht, daß die Vorschläge des Präsidenten Hoover ein Breitrag zu einem allgemeinen Programm sein sollen.

Die englische Regierung hat bereits weitreichende eigene Vorschläge unterbreitet.

Diese sind, während sie in mancher wichtigen Beziehung hinsichtlich der Methode oder des Maßes abweichen, vom selben Zweck inspiriert, und ein Vergleich wird zeigen, daß

bereits ein wesentliches Gebiet gemeinsamen Wollens

besteht. Zuerst wünscht die Regierung ihre Uebereinstimmung mit Präsident Hoover über den Grundsatz festzustellen, daß

die drei Probleme der militärischen, Flotten und Luftabrüstung zusammenhängen.

Eine internationale Vereinbarung kann nicht erzielt werden ohne einen angemessenen Beitrag aus allen drei Quellen. Da Großbritannien ebenso wie die Vereinigten Staaten seine

stärkste Waffe in der Flotte

findet, muß der Beitrag, der es am meisten berührt, auf diesem Gebiet gefunden werden, auf dem, wie wohl bekannt ist, Beiträge zur Abrüstung in größtem Maße bereits vor der allgemeinen Abrüstungskonferenz gemacht worden sind. Trotzdem

bietet die Regierung jetzt einen weiteren Beitrag als Teil einer allgemeinen Weltregelung an.

Im weiteren Verlauf der Erklärung setzte Baldwin auseinander, in welcher Art nach Ansicht der Regierung diese Grundsätze für die Land-, See- und Luftstreitkräfte angewandt werden können.

Auf dem Gebiete der Landabrüstung,

so sagte Baldwin, sieht sich die Regierung

in sehr großer Uebereinstimmung mit den Vorschlägen des Präsidenten Hoover.

In bezug auf die Stärke des Landheeres hat die Regierung die

Prüfung von Maßnahmen für die Herabsetzung der Effektivstärken

auf den niedrigsten, mit der jeweiligen nationalen Sicherheit verträglichen Stand in den Vordergrund ihrer Landabrüstungsvorschläge gerückt. Der amerikanische Vorschlag, die Landstreitkräfte in eine „Polizeikomponente" und eine „Verteidigungskomponente" zu teilen, wird einer sehr sorgfältigen Prüfung bedürfen. Die britischen Landstreitkräfte sind bereits wesentlich unter die Ziffer herabgesetzt worden, die für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung als notwendig anerkannt wird. Bezüglich der

Landgeschütze

sieht sich die britische Regierung diesbezüglich

in allgemeiner Uebereinstimmung mit den Vorschlägen der amerikanischen Regierung.

In der Frage der Tanks ist die Regierung vollkommen einer Ansicht mit dem amerikanischen Präsidenten.

Es sollte der Grundsatz durchgeführt werden, daß besonders Offensivwaffen zu verbieten sind.

Die britischen Vorschläge zur

Flottenabrüstung

nehmen den meisten Raum in der Erklärung Baldwins ein. Gleich zu Beginn dieses Teils der Erklärung sagte der stellvertretende Premierminister, es sei wesentlich, daß Vorschläge, die dazu bestimmt sind, durch allgemeine Vereinbarung angenommen zu werden

„angemessene Vorkehrungen für unterschiedliche Umstände"

treffen. Unter Berücksichtigung der weit zerstreuten Verantwortlichkeiten der britischen Flotte sei es für England nicht durchführbar, die Zahl der Flotteneinheiten unter einem gewissen Punkt zu vermindern. Die numerische Herabsetzung in der britischen Flotte sei bereits in einem sehr großen Maße durchgeführt worden; es sei jedoch vollkommen möglich und in höchstem Grade wünschenswert, durch andere Mittel die große Herabsetzung in den Flottenrüstungen, die von allen bezweckt wird, zu erreichen. Die augenblicklicher

Vertragsgrenzen der Größe und des Geschützkalibers seien bei weitem zu hoch,

und die Regierung sei der Auffassung, daß sehr große Verminderungen bis zu etwa einem Drittel sowohl bei Großkampfschiffen als auch bei Kreuzern im künftigen Bau vorgenommen werden können. Mit Bezug auf Großkampfschiffe würde der amerikanische Vorschlag die Größe dieser riesig kostspieligen Schiffe und der Kaliber ihrer Geschütze bei jedem künftigen Bau unberührt lassen. Der Vorschlag der Regierung, der keine geringere Verminderung in der Gesamttonnage herbeiführe, vermeide diese Lücken

1. durch Herabsetzung der Geschützgröße und
2. der Schiffsgrößen.

Die Regierung sei darüber hinaus bereit, dieselben Grundsätze auf Kreuzer anzuwenden ihre Maximalgröße und Geschützkaliber durch internationale Abmachungen von der augenblicklichen Ziffer von 10 000 Tonnen und 8 Zoll auf 7000 Tonnen und 6,1 Zoll zu vermindern. Es würde dann möglich sein, die Dimensionen von Großkampfschiffen noch weiter herabzusetzen und

ein Maximum von 22 000 Tonnen und 11zölligen Geschützen

festzusetzen. Dies würde die Baukosten jedes künftigen Großkampfschiffes fast halbieren Auf dieser Grundlage würde der Vorschlag der Regierung allein in der Großkampfschifftonnage eine Verminderung um 195 000 Tonnen zustande bringen. Die entsprechende Ziffer des amerikanischen Vorschlags sei etwa 175 000 Tonnen.

Bezüglich der Flugzeugmutterschiffe schlage die Regierung eine

Herabsetzung in der Größe der Flugzeugmutterschiffe von 27 000 Tonnen auf 22 000 Tonnen

vor.

Der folgende Teil der Erklärung Baldwins geht ausführlich auf die Frage der Unterseeboote ein.

Die Ansicht der Regierung war und ist, daß das Unterseeboot vollkommen abzuschaffen ist.

Die Regierung unterbreitet zur sofortigen Annahme durch internationale Vereinbarung folgende

Vorschläge für die Flotten der Welt:

1. Verminderung der Maximalgröße jedes künftigen Großkampfschiffes auf 22 000 Tonnen und des Maximalkalibers der geführten Geschütze auf 11 Zoll;

2. Verminderung der Maximalgröße von künftig gebauten Kreuzern auf 7000 Tonnen und des Maximalgeschützkalibers auf 6,1 Zoll;

3. wenn eine internationale Vereinbarung über Punkt 2 nicht erzielt werden kann, so würde die Regierung des Vereinigten Königreiches weiterhin darauf dringen, daß die Maximalgröße von Großkampfschiffen auf 25 000 Tonnen herabgesetzt wird und die ihrer Geschütze auf 12 Zoll;

4. Verminderung der Höchstgrenze von Flugzeugmutterschiffen auf 22 000 Tonnen mit 6,1-zölligen Geschützen;

5. Abschaffung der Unterseeboote und in diesem Fall

6. Verminderung der Zerstörertonnage um ungefähr ein Drittel.

7. wenn Unterseeboote nicht völlig abgeschafft werden können, eine Festsetzung ihrer Maximalüberwasserverdrängung auf 250 Tonnen mit einer strikten Beschränkung sowohl der Gesamttonnage als auch der Zahl der Einheiten.

Zur Luftabrüstung schlägt die englische Regierung vor:

1. Das völlige Verbot jeden Bombenabwurfes innerhalb der Grenzen, die so genau wie möglich durch eine internationale Konvention niedergelegt werden sollen. Angriffe auf die Zivilbevölkerung würden vollkommen untersagt werden.

2. Strenge Beschränkung des Leergewichts aller Militär- und Marineflugzeuge, ausgenommen Truppenbeförderungsflugzeuge und Flugboote.

3. Eine Beschränkung in der Zahl jeder Art Militär- und Marineflugzeuge.

Fortsetzung der Aussprache über den Hoover-Vorschlag in Genf

Im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz wurde die große Aussprache über den Abrüstungsplan des Präsidenten der Vereinigten Staaten fortgesetzt. Den Reigen der Reden eröffnete der Vertreter Kanadas. Weiter haben sich zum Wort gemeldet die Vertreter Belgiens, Brasiliens, der Türkei Norwegens, Oesterreichs, Kubas, der dominikanischen Republik Finnlands, Ungarns, Dänemarks und Mexikos.

Das Amnestiegesetz des Staatsrats

Der Preußische Staatsrat beschäftigte sich mit der Amnestievorlage.

Dr. Caspari-Berlin (Arbeitsgemeinschaft) berichtete über die Ausschußberatungen. Der Entwurf der Fraktion Arbeitsgemeinschaft ist im Ausschuß im wesentlichen angenommen worden; er wurde ergänzt durch die Anregung der Sozialdemokraten, Straffreiheit auch zu gewähren, wenn der Täter im Zusammenhang mit kollektiven Wirtschaftskämpfen straffällig geworden ist. Bei übler Nachrede soll Straffreiheit nicht eintreten, wenn eine im öffentlichen Leben stehende Person im Sinne der Notverordnung des Reichspräsidenten betroffen worden ist. Die Höchstgrenze der Strafen, die der Amnestie unterliegen, ist auf sechs Monate Gefängnis festgesetzt worden.

In der Aussprache lehnte

Abg. Torgler (Komm.) die Beschlüsse des Verfassungsausschusses ab. Von der Amnestie bleibe herzlich wenig übrig. Bewußt habe man dieses Gesetz gegen das Proletariat geschaffen.

Dr. Breitenstein (Zentr.) gab folgende ablehnende Erklärung der Zentrumsfraktion ab: Jede Amnestie ist eine Unterbrechung der normalen Rechtspflege. Wenn das Rechtsbewußtsein eines Volkes nicht erschüttert werden soll, kann dem Gedanken einer Amnestie nur unter ganz bestimmten sachlichen Voraussetzungen näher getreten werden. Nach Auffassung der Zentrumsfraktion sind keine Voraussetzungen gegeben, die in diesem Augenblick ein Amnestiegesetz rechtfertigen könnten. Die Zentrumsfraktion spricht sich deshalb gegen den vorliegenden Entwurf aus und lehnt ihn ab. Sie ist fest davon überzeugt, daß eine Amnestie gegenwärtig nur die Elemente vor Strafe schützen würde, die durch ihre täglichen Ausschreitungen ohnehin schon die öffentliche Sicherheit stark gefährden und dem Ansehen des deutschen Volkes schweren Schaden zufügen. (Unruhe bei den Komm.)

Damit schließt die Aussprache.

Unter Ablehnung der kommunistischen Aenderungsanträge wurde dann die Vorlage in der Ausschußfassung gegen Zentrum und Kommunisten angenommen.

Strafantrag gegen den bayerischen Landtagspräsidenten abgelehnt

Von nationalsozialistischer Seite war seinerzeit gegen den bayerischen Landtagspräsidenten Dr. Stang Strafantrag gestellt worden, weil dieser angeblich das amtliche Protokoll über die stürmische Landtagssitzung vom 17. Juni d. J. gefälscht hatte. Der Oberstaatsanwalt beim Landgericht München I läßt mitteilen, daß der nationalsozialistischen Anzeige keine Folge gegeben wird.

Protestnote des Danziger Senats an den polnischen Vertreter

Aus Danzig, 7. Juli, wird gemeldet: Der Senat hat heute dem diplomatischen Vertreter Polens eine Note übersandt, die erneut auf die polnische Boykotthetze gegen Danzig Bezug nimmt. In der in entschiedenem Ton gehaltenen Note wird festgestellt, daß alle Schritte des Senats bei der polnischen Regierung trotz Zusagen ohne Erfolg geblieben sind. Vielmehr habe sich die Boykottbewegung von Tag zu Tag überall verschärft. Da alle diese Boykottbestrebungen unter den Augen der polnischen Regierung und ihres Vertreters vor sich gingen, könne die Verfügung nicht abgewiesen werden, daß diese Maßnahmen von der polnischen Regierung nicht nur geduldet, sondern direkt oder indirekt gefördert würden, da insbesondere die polnische Beamtenschaft sich aktiv daran beteilige. Die Note schließt:

„Ich möchte daher Sie, Herr Minister, als den verantwortlichen Vertreter der Regierung der Republik Polen in Danzig darum bitten, die erforderlichen und unbedingt notwendigen Maßnahmen sofort zu veranlassen, damit in kürzester Frist dieser augenblicklich betriebenen, unwürdigen Verhetzung der polnischen Bevölkerung gegen die Freie Stadt Danzig ein Ende bereitet wird, und damit nicht Zustände eintreten, deren Folgen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet unübersehbar erscheinen."

Nachspiel zum Stuttgarter Werkspionage(Norma-Riebe)-Prozeß

Der Stuttgarter Werkspionage-Prozeß, bei dem es sich um den Fall Norma-Riebe handelte, hatte bekanntlich im Frühjahr 1928 nach mehrwöchiger Verhandlung dadurch ein Ende gefunden, daß die S. K. F. Norma dem Kahn-Konzern das Berliner Riebe-Werk abkaufte und den Strafantrag zurücknahm. Nachträglich machte aber die Norma geltend, daß ihr über das Riebe-Werk Zusicherungen gemacht worden seien, die sich als nicht zutreffend erwiesen hätten, und es wurde, und zwar nunmehr von der Rechtsnachfolgerin der Norma, den Vereinigten Kugellagerfabriken, eine Preisminderung verlangt und auf Rückzahlung von 4 Millionen Mark geklagt. Nach langer Prozeßdauer hat jetzt das Landgericht 1 Berlin ein Teilurteil dahin gefällt, daß Richard Kahn zur Zahlung von 1 604 218 RM. verurteilt wird, Ansprüche der Klägerin in Höhe von 879 739 Mark abgewiesen werden und wegen des Restes der strittigen Summe weitere Beweiserhebung beschlossen wird.

Arbeitslosendemonstration im Siegerstaat Belgien



Ein Bilddokument, daß auch die Siegerstaaten durch das „Friedens"diktat von Versailles und die unsinnigen Reparationszahlungen an den Rand des Abgrundes gebracht worden sind, stellt dieses Photo dar: ein Demonstrationszug von Arbeitslosen durchzieht die Straßen der belgischen Hauptstadt Brüssel — auf dem Plakat im Vordergrund steht: „Die Garde des Hungers fordert Arbeit!"

Heute Abend 8.30 Uhr spricht in der Schützenburg

Pg. W. Börger MdR.

über

Arbeits - Beschaffung

Ab 7.30 Uhr Militär-Konzert, ausgeführt von der Standarten-Kapelle Solingen.

SA-Aufmarsch findet wegen unvorhergesehenen Umständen nicht statt. Platzkonzert ab 7 Uhr Ecke Haupt- und Talstraße.

NSDAP, Ortsgr. Burscheid.

Bekanntmachung

über die Offenlegung des Wählerverzeichnisses für die am 31. Juli 1932 stattfindende Reichstagswahl.

Das Wählerverzeichnis ist von Sonntag, den 10. Juli 1932 bis einschließlich Sonntag, den 17. Juli 1932 im Rathaus, Zimmer 10, an den Wochentagen während der Dienststunden und an den beiden Sonntagen von 9—12 Uhr und von 15—18 Uhr zu jedermanns Einsicht ausgelegt. Einsprüche gegen die Richtigkeit des Verzeichnisses können bis zum Ablauf der Auslegungsfrist bei mir schriftlich oder zu Protokoll angebracht werden.

Die Wahlbenachrichtigungskarten der Reichspräsidenten- und der Landtagswahl bleiben gültig. Zugezogene und Personen, die in der Zwischenzeit das wahlfähige Alter erreicht haben, erhalten in den nächsten Tagen eine Karte zugestellt. Wer eine Karte nicht erhält oder wer nicht mehr im Besitz einer Karte ist, melde sich während der Auslegungsfrist im Rathaus, Zimmer 10 Die glatte Abwicklung des Wahlgeschäftes am Wahltage ist nur dann gewährleistet, wenn jeder Wahlberechtigte im Besitz einer Wahlkarte ist.

Die Ausfertigung von Stimmscheinen für diejenigen Wähler, die ihr Wahlrecht aus zwingenden Gründen in einer anderen Gemeinde ausüben müssen, erfolgt bis zum 30. Juli 1932, mittags 12 Uhr, während den üblichen Dienststunden im Rathaus, Zimmer 10.

Burscheid, den 5. Juli 1932.

Der Bürgermeister: Rohde.

Wer zum

Teppicheinkauf

nach Köln fährt, versäume nicht, meine **Riesenlager im Teppichhaus Neumarkt** zu besichtigen. Meine Lager in **Gardinen, Stores, Dekorationsstoffen** werden Sie in Erstaunen setzen.

Teppichhaus Neumarkt

(Inhaber Ludwig Heidenheimer)

Köln, Neumarkt 14.



Heute morgen 7 Uhr entschlief sanft und ruhig nach langem schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, mein lieber Gatte, unser treusorgender Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager u. Onkel

Karl Wehrmeister

im Alter von 52 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen

Benninghausen, Herne i. W., Eichenberg,
den 7. Juli 1932.

Die Beerdigung findet am Samstag, den 9. Juli, nachmittags 3 Uhr, vom Sterbehause in Benninghausen aus statt.

Zu vermieten
in Burscheid und Hilgen
ab sofort und 1. August 1932
schöne neuzeitliche

2- u. 3-Zimmer-Wohnung

Näheres: Archit. Badermann, Hilgen (Rhld.)

---

2 bis 3 Zimmer-Wohnung

in Hilgen zu vermieten.
Wo, sagt die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Wohnung

in Burscheid zu vermieten.
Näheres: **Gerhard Carl, Ober-Landscheid.**

Habe eine

Ziege

zu verkaufen.
Vowinckel
Burscheid-Irlermühle.

---

7 bis 8000 RM
1. Hypothek
sofort nur vom Selbstgeber gesucht.
Offerten unter „H B. 100" an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Danksagung

Für die liebevolle Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen sprechen wir hiermit unseren herzlichsten Dank aus.

Frau Carl Urbahn
nebst Familie.

Burscheid, im Juli 1932.

Statt Karten

Wilhelm Hindrichs
Emmi Hindrichs
geb. Schlag
Vermählte

Hilgen — Köln a. Rhein, z. Zt. Bad Ems

9. Juli 1932.

Hotel „Zur Post"
(früher Melcher) Burscheid

Den verehrten Burscheidern zur gefl. Kenntnisnahme, daß wir das Hotel „Zur Post" in der Hauptstraße übernommen haben. Als erfahrene Fachleute wird es unser größtes Bestreben sein, unsere werten Gäste in jeder Weise zufriedenzustellen.

Am morgigen Samstag, 9. Juli, nachm. 5 Uhr

Neueröffnung

Zum Ausschank gelangen
Hitdorfer Gold - Hitdorfer Pils

Um geneigten Zuspruch bitten:

Otto Stoßberg u. Frau
(früh. Besitzer des Hotels Drosten in Berg.Born)

Dr. med. W. Bröcker

Facharzt für innere Krankheiten
Opladen, Kaiserstr. 4, Fernruf 550

Zu allen Krankenkassen zugelassen

Sprechstunden von 10—12, 3—5 Uhr

Anordnung für die Preuß. Eichverwaltung

Abschnitt 1—4: pp (siehe Min. Bl. d. Handels- u. Gewerbe-Verwaltung 1932, S. 45 ff)

Abschnitt 5.

Die Durchführung der Nacheichung und der polizeilichen Revision.

§ 43

Die Nacheichung wird von technischen Eichbeamten, die Revision von der Ortspolizeibehörde ausgeführt.

§ 44

Die Eichämter können auf Anweisung des Oberpräsidenten (Eichungsdirektion) in den nach § 11 der Maß- und Gewichtsordnung für die Nacheichung vorgeschriebenen Fristen örtliche Nacheichung vornehmen, um den am eichpflichtigen Verkehr beteiligten Personen und Betrieben die Erfüllung ihrer Pflicht zur Nacheichung ihrer Meßgeräte zu erleichtern und die Durchführung der Nacheichung sicherzustellen.

§ 45

Der Oberpräsident (Eichungsdirektion) hat den für jedes Jahr aufzustellenden Reiseplan für die Abhaltung der Nacheichtage den zuständigen Kreisbehörden mitzuteilen, die diesen Plan in ihrem Amtsblatt zu veröffentlichen haben. Das Eichamt gibt den Gemeinden mindestens eine Woche zuvor die Zeit bekannt, zu der die Nacheichungen stattfinden.

§ 46

Die Ortspolizeibehörde derjenigen Orte, in denen Nacheichungen gemäß § 45 stattfinden, haben ein Verzeichnis oder eine Kartothek der Personen und der Betriebe, die Meßgeräte im eichpflichtigen Verkehr verwenden oder bereithalten, anzulegen und auf dem laufenden zu halten.

Das Verzeichnis muß nach Namen und Beruf der eichpflichtigen Personen und nach der Stätte und der Art der eichpflichtigen Betriebe gegliedert sein. Es sind u. a. sowohl die Apotheken wie die in Betracht kommenden Reichs-, Staats- und Gemeindebetriebe aufzuführen.

§ 47

Von der Ortspolizeibehörde ist eine Abschrift des Verzeichnisses der Eichpflichtigen gemeindeweise drei Wochen vor Beginn der Nacheichung dem zuständigen Eichamt zu übersenden.

Das Eichamt vergleicht das Verzeichnis mit seiner Dauereichliste oder Kartothek und veranlaßt bei Beanstandungen entweder durch schriftliche Benachrichtigung oder während des Nacheichtages die Berichtigung des Verzeichnisses und die Vorladung etwaiger nicht eingetragener Eichpflichtigen.

§ 48

Die Gemeinden in denen örtliche Nacheichungen gemäß § 44 stattfinden, sind verpflichtet, die Durchführung der Nacheichung zu fördern und die Eichbeamten bei der Abhaltung der öffentlichen Eichtage zu unterstützen. Sie haben zu diesem Zwecke insbesodere

1. für die Dauer der örtlichen Nacheichung, soweit sie nicht in einem Eichamt erfolgt, bequem zugängliche, möglichst zu ebener Erde gelegene, hinreichend große und helle und bei kälterer Witterung geheizte Räumlichkeiten bereit zu halten.
2. die Tage und Stunden, sowie die Räume öffentlich bekannt zu machen, in denen die Nacheichungen stattfinden.

Zur Vermeidungen unnötiger Unkosten, die die Gemeinde und den Eichpflichtigen bei Nichterfüllung der Nacheichpflicht durch die nachträgliche polizeiliche Revision und eine etwaige Bestrafung der Säumigen entstehen, wird empfohlen, jeden Beteiligten durch Umlauf, Verteilung von Handzetteln oder schriftliche Mitteilungen durch die Gemeinde zu benachrichtigen, zu welcher Zeit er an der Nacheichungsstelle zu erscheinen hat.

3. eine Hilfskraft für mehrere Stunden zur Unterstützung der Eichbeamten und zur Hilfeleistung bei dem Auf- und Abladen der Eichgeräte abzuordnen
4. für den Transport der Eichgeräte zum Nacheichungsort ein Fuhrwerk zu einem angemessenen Preis zu besorgen.
   Die Kosten des Fuhrwerks sind von dem Eichbeamten aus dem eisernen Vorschuß zu bezahlen.
5. Die Eichgebühren und andere Gefälle für die Geräte, die am Nacheichungstage nicht abgeholt sind, gegen eine Vergütung von 3 v. H. zu erheben.

§ 49

Die Meßgeräte sind gehörig hergerichtet und im reinlichen Zustande zur Nacheichung vorzulegen. Andernfalls werden sie zurückgewiesen. Die Vorlegung erfolgt zweckmäßigerweise durch erwachsene Personen und nicht durch Kinder.

§ 50

Meßgeräte, die am Gebrauchsort in nicht oder nur schwer lösbarer Weise befestigt sind, oder deren Herbeischaffung zur Nacheichungsstelle wegen ihrer Größe und sonstigen Beschaffenheit mit besonderen Schwierigkeiten verbunden ist, werden an Ort und Stelle geprüft. Die Besitzer solcher Meßgeräte haben sie bei Beginn der Nacheichung dem Eichbeamten anzumelden, der die Zeit der Nacheichung bestimmt.

Bei der Nacheichung von Wagen am Gebrauchsort haben ihre Besitzer dafür zu sorgen, daß die erforderlichen Normalgewichte und das notwendige Belastungsgut sowie Arbeitshilfe rechtzeitig zur Verfügung des Eichbeamten stehen, der anderenfalls berechtigt ist, die Eichung abzulehnen.

§ 51

Am Schlusse der Eichtage werden die nicht abgeholten Meßgeräte von den Eichbeamten mit einem Restblatt (Muster 4) und den ausgeschriebenen Eichrechnungen dem Gemeindevorsteher zur Aufbewahrung und Aushändigung an die Eichpflichtigen übergeben.

§ 52

Bei Eichtagen wird für die durch die verspätete Abholung entstehenden Verwaltungskosten gemäß § 5 der Nacheichgebührenordnung von dem Gebührenpflichtigen ein Zuschlag von 0.50 RM erhoben.

§ 53

Der Gemeindevorsteher hat die rückständigen Gebühren von den auf dem Eichblatt verzeichneten Eichpflichtigen innerhalb von fünf Tagen einzuziehen und nach Abzug eines Betrages von 3 v. H. der eingezogenen Beträge an die Kasse kostenfrei zu übersenden. Gleichzeitig ist das Restblatt dem Eichungsdirektor zu übermitteln.

Die Gemeinde kann die rückständigen Gebühren gegen eine von dem Eichbeamten auszustellende Quittung für die Eichpflichtigen verauslagen und dem Eichbeamten sofort übergeben. Sie ist berechtigt, dabei die Zuschläge für sich in Abzug zu bringen, um die insgesamt die Gebühren der übergebenen Eichrechnungen gemäß § 5 der Nacheichgebührenordnung wegen der verspäteten Abholung erhöht worden sind.

§ 54

Nach Beendigung der Nacheichung übersendet der Eichungsdirektor der Ortspolizeibehörde eine Versäumnisliste der Eichpflichtigen, deren Meßgeräte beanstandet worden sind oder die nicht zur Nacheichung erschienen sind.

Die Ortspolizeibehörden haben nach den Richtlinien, die in der vom Minister für Handel und Gewerbe erlassenen Anleitung für die polizeilichen Revisionen der Meßgeräte vom 22. Juli 1925 aufgestellt sind, alle eichpflichtigen Personen und Betriebe zu revidiereu, um festzustellen, ob der Nacheichungspflicht genügt ist und keine unrichtigen oder unzulässigen Meßgeräte angewendet oder bereitgestellt werden.

§ 55

Meßgeräte, die an der Nacheichungsstelle nicht vorgelegt sind, müssen vor Ablauf der im § 11 der Maß- und Gewichtsordnung festgesetzten Nacheichungsfrist einem Eichamt zur Nacheichung vorgelegt werden.

Meßgeräte, bei denen die Nacheichungsfrist abgelaufen ist oder deren Stempel und Jahreszeichen entwertet worden sind, dürfen im Verkehr nicht verwendet oder bereitgehalten werden. Sie sind vor ihrer Verwendung, gegebenenfalls nach vorheriger Instandsetzung einem Eichamte vorzulegen.

Zuwiderhandlungen verfallen den im § 22 der Maß- und Gewichtsordnung festgesetzten Strafen.

Berlin, den 2. März 1932.

Der Preußische Minister für Handel und Gewerbe.
gez. Dr. Schreiber

Veröffentlicht: Opladen, den 4. Juli 1932.

Der Landrat. I. V.: Roßberg.

Bergischer Volksbote

Burscheider Zeitung

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid — Nr. 158 — 2. Blatt — Freitag, 8. Juli 1932

Pferde wieder modern

Mit dem Fortschreiten der Agrarkrise zeigt sich immer mehr, daß die primitiven Betriebe, d. h. jene Betriebe, die am wenigsten der allgemeinen Forderung nach Intensivierung gefolgt sind und nur wenig Kapital in Maschinen usw. festgelegt haben, am widerstandsfähigsten sind. Bei der katastrophalen Preisbildung und den schlechten Absatzverhältnissen für landwirtschaftliche Erzeugnisse können die hohen Zinsen der Maschinen und die Kosten der Inbetriebhaltung aus dem Erlös der Erzeugnisse nicht mehr herausgewirtschaftet werden. Es stellt sich dabei heraus, daß insbesondere die Verwendung von Zugmaschinen vielfach kostspieliger ist als die von Zugtieren.

Charakteristischerweise hat gerade im Lande mit der stärksten Maschinisierung der Landwirtschaft der stärkste Rückschlag eingesetzt. Nach Nachrichten aus den Vereinigten Staaten werden in vielen landwirtschaftlichen Bezirken die modernen Maschinen abgeschafft. Dagegen ist die Nachfrage nach Pferden zur Zeit größer als zu irgendeinem Zeitpunkt während der letzten Jahre. Auch in Australien wurde auf Grund genauer Untersuchungen, mit denen bereits vor Jahren begonnen wurde, festgestellt, daß die Verwendung von Zugtieren auch in der Getreidewirtschaft bei bestimmten Betriebsgrößen billiger sei als die Verwendung von Maschinen.

Diese Entwicklung zeigt deutlich die außerordentlich schweren Auswirkungen der landwirtschaftlichen Krise auf den direkten Absatz der Industrie und die Beschäftigung von industriellen Arbeitern. Zwar handelt es sich bei diesen Beobachtungen um ausgesprochene Krisenerscheinungen; gleichzeitig zeigen sich aber deutlich die Grenzen der Industrialisierungsmöglichkeiten der landwirtschaftlichen Erzeugung.

Vorbereitungen zur Reichstagswahl

Das Wählerverzeichnis für die Reichstagswahl, die am 31. Juli stattfindet, ist von Sonntag, den 10. Juli, bis einschließlich Sonntag, den 17. Juli, im hiesigen Rathaus, Zimmer 10, an den Wochentagen während der Dienststunden und an den beiden Sonntagen von 9—12 Uhr und von 15—18 Uhr zu jedermanns Einsicht ausgelegt. Wer die Wahlkartei für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies bis zum Ablauf der Auslegungsfrist beim Herrn Bürgermeister Rohde schriftlich anzeigen oder zur Niederschrift geben. Soweit die Richtigkeit seiner Behauptung nicht offenkundig ist, hat er für sie Beweismaterial beizubringen. Später eingehenden Einsprüchen kann nicht stattgegeben werden.

Die Wahlbenachrichtigungskarten der Reichspräsidenten- und der Landtagswahl bleiben gültig. Zur Wahl am 31. Juli werden also keine Wahlbenachrichtigungskarten versandt, wie dies bisher üblich war. Zugezogen und Personen, die in der Zwischenzeit das wahlfähige Alter erreicht haben, erhalten jedoch in den nächsten Tagen eine Karte zugestellt. Wer eine Karte nicht erhält oder wer nicht mehr im Besitz einer Karte ist, melde sich während der Auslegungsfrist im Rathaus, Zimmer 10. Aus der Wahlbenachrichtigungskarte sind die Nummer des Wahlbezirks, die laufende Nummer, unter der der Wahlberechtigte in der Kartei enthalten ist, und das Wahllokal zu ersehen. Diese Karte dient als Ausweis bei der Wahlhandlung nur in dem auf ihr bezeichnetem Wahlbezirk. Sie stellt keinen „Wahlschein" dar und berechtigt nicht zur Wahl in einem anderen Wahlbezirk; sie verliert ihre Gültigkeit, wenn der Wahlberechtigte sich bis zum 9. Juli 1932 polizeilich abmeldet. Die glatte Abwicklung des Wahlgeschäftes am Wahltage ist nur dann gewährleistet, wenn jeder Wahlberechtigte im Besitz einer Wahlbenachrichtigungskarte ist.

Die Ausfertigung von Stimmscheinen für diejenigen Wähler, die ihr Wahlrecht aus zwingenden Gründen in einer anderen Gemeinde ausüben müssen, erfolgt bis zum 30. Juli 1932, mittags 12 Uhr, während den üblichen Dienststunden im Rathaus, Zimmer 10.

Unbefriedigender Bierabsatz

Im zweiten Vierteljahr 1932 war der Absatz des westdeutschen Braugewerbes im ganzen unbefriedigend. Die erhoffte Erholung nach dem starken Absatzrückgang in den ersten Monaten des Jahres sei nur in geringem, saisonmäßig bedingtem Ausmaß eingetreten. Der Erfolg der Biersteuersenkung werde im wesentlichen davon abhängen, ob es gelinge, die Ausschankpreise überall dem verbilligten Bierpreis anzupassen. Das sei in einzelnen Orten bisher aber nur unzureichend geschehen.

Die Tenter Todesbrücke

In Burscheid und Umgebung haben sich in den letzten Tagen zwei Verkehrsunfälle ereignet, die insgesamt drei Todesopfer gefordert haben. Am gestrigen Abend ging auch schon wieder die Kunde von einem schweren Lastwagenunglück an der Tenter Eisenbahn-Brücke bei Wermelskirchen. Schon des öfteren haben sich an dieser Brücke Verkehrsunfälle zugetragen, die teils glimpflich abliefen, teils aber auch Todesopfer gefordert haben, sodaß der Volksmund der Tenter Eisenbahnbrücke wie auch der Hilgener Eisenbahnbrücke den Namen „Todesbrücke" beilegte. Der gestrige Unfall an der Tenter Brücke nahm glücklicherweise nicht das Ausmaß, wie man schon erzählte.

Gegen 6,30 Uhr kam von Wermelskirchen ein fast neuer Lastwagen mit Anhänger, der in Köln beheimatet ist. Aus noch unbekannten Gründen durchbrach der Wagen mit Anhänger das Schutzgeländer der Eisenbahnbrücke, fiel die starke Böschung hinab, überschlug sich und landete mit den Rädern nach oben auf dem Eisenbahnkörper. Der Anhänger kam noch auf den Lastwagen zu liegen. Von Glück im Unglück kann der Lastwagenführer sprechen, der diesen unfreiwilligen Sturz in seiner Führerlaube mitgemacht hatte. Ihm gelang es, als der Wagen unten angekommen war, sich durch Einschlagens des Wagenfensters aus der Führerlaube zu retten. Wie groß war das Erstaunen der sofort zur Hilfeleistung herbeigeeilten Leute, als sie sahen, daß der Führer nur einige winzige Hautabschürfungen an der Hand davongetragen hatte. Lastwagen wie auch Anhänger wurden schwer beschädigt und mußten später abgeschleppt werden. Der Eisenbahnverkehr erlitt nur wenig Störung, da der Verkehr umgeleitet wurde. Eine vielhundertköpfige Menschenmenge hatte sich sofort nach dem Unfall an der Brücke eingefunden und sah den Aufräumungsarbeiten interessiert zu. Nach dreistündiger Arbeit waren die Aufräumungsarbeiten geschehen und der schwer beschädigte Lastwagen wurde dann von einer Lokomotive in den Bahnhof Wermelskirchen eingeschleppt.

Nach den übereinstimmenden Aussagen von Augenzeugen und des Fahrers ist der Wagen sehr langsam gefahren. Wie der Fahrer mitteilte, ist ihm die Strecke gut bekannt, da er die Straße wöchentlich mehreremale befährt. Es wird nach Lage der Dinge nicht einfach sein, die Schuldfrage zu klären.

Trotzdem der neuerliche Unfall an dieser Todesbrücke einen so glimpflichen Verlauf nahm, muß doch immer wieder die Frage erhoben werden, wann die Reichsbahn willens ist, diesen Gefahrenpunkt, der weit über unsere Heimat bekannt ist, zu beheben. Gleichzeitig würde dann ja auch die Hilgener Todesbrücke einer Revision unterzogen werden. Wir wollen hoffen und wünschen, daß dieses recht bald — sobald es die Kassenverhältnisse der Reichsbahn zulassen — geschieht.

Am 15. beginnen die Gerichtsferien

Ueber die Gerichtsferien, die vom 15. Juli bis 15. September dauern, bestehen vielfach unrichtige Anschauungen. Es sei deshalb kurz auf das für den Laien Wesentliche hingewiesen.

Der ganze Geschäftsbetrieb des Gerichts geht an sich weiter, verhandelt und entschieden aber soll nur in den Sachen werden, die Feriensachen sind. Diese Bestimmung des Gerichtsverfassungsgesetzes ist eine zwingende und nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts ist eine in einer Nicht-Feriensache in den Ferien erlassene Entscheidung unwirksam. Die Zahl der Feriensachen ist so groß, daß die Ferien für die Beamten des Gerichts eine starke Ueberlastung bedeuten. Es muß allen Beamten der nach dem Gesetz festgelegte Urlaub gewährt werden, anderseits muß aber der Geschäftsbetrieb in nur ganz wenig verringertem Maße weitergeführt werden. Mit etwa der Hälfte des Personals muß mehr als vier Fünftel der normalen Arbeit geleistet werden.

Welche Sachen Feriensachen sind

bestimmt § 202 des Gerichtsverfassungsgesetzes. Eine Reihe von Sachen sind kraft Gesetzes Feriensachen, so in erster Linie sämtliche Strafsachen, sodann von den Zivilprozeßsachen die Wechselsachen, die Arreste und einstweiligen Verfügungen, die hauptsächlichen Streitigkeiten zwischen Vermieter und Mieter, die Streitigkeiten über Unterhaltsansprüche, die arbeitsgerichtlichen Streitigkeiten. Sonstige Sachen können, wenn sie der Beschleunigung bedürfen, auf Antrag zur Feriensache erklärt werden. Der Antrag ist aber erforderlich. Das Gericht kann eine Sache, die nicht kraft Gesetzes Feriensache ist, nicht von amtswegen zur Feriensache erklären. Es empfiehlt sich, schon jetzt in neu anhängig werdenden Sachen den Antrag zu stellen, die Sache zur Feriensache zu erklären, da, sobald die Sitzungstage vor dem 15. Juli besetzt sind, die Sachen auf einen Termin nach dem 15. September angesetzt werden müssen, wenn ein Antrag auf Erklärung zur Feriensache nicht gestellt wird. In der Praxis der Gerichte wird im allgemeinen so verfahren, daß auf Antrag zunächst jede Zivilprozeßsache zur Feriensache erklärt wird. Wird dann die Sache durch Versäumnis- oder Anerkenntnisurteil erledigt, so hat der Gläubiger einen vollstreckbaren Titel erlangt und kann die Zwangsvollstreckung betreiben. Wird die Sache aber streitig verhandelt, so kann sie nur dann Feriensache bleiben, wenn sie besonderer Beschleunigung bedarf. Der Justiz-Minister hat in seiner Verfügung vom 2. Juni 1928 erneut darauf hingewiesen, daß die fortgesetzt schwierige Wirtschaftslage die Beschleunigung der Zivilprozesse zu einer volkswirtschaftlichen Notwendigkeit mache, und hat den Gerichten nahegelegt, den Wünschen der Parteien auf Beschleunigung auch während der Gerichtsferien soweit wie möglich entgegenzukommen. In der Praxis ist nun die Sache meistens so, daß nicht beide Parteien die Bestimmung der Sache zur Feriensache wünschen, sondern nur der Kläger und daß der Beklagte die Absetzung von der Ferienrolle beantragt. Das Gericht hat dann über die widersprechenden Anträge zu entscheiden und ist dabei an die Bestimmung des Gerichtsverfassungsgesetzes gebunden, daß die Sache nur dann Feriensache bleiben darf, wenn sie besonderer Beschleunigung bedarf. Es ist Sache des Klägers, die Gründe für eine besondere Beschleunigung dem Gericht vorzutragen.

Die Zwangsvollstreckungssachen

werden in den Ferien in der gleichen Weise erledigt wie außerhalb der Ferien, ebenfalls das Mahnverfahren. Es empfiehlt sich aber, bei den Anträgen auf Erlaß eines Zahlungsbefehls auch jetzt schon zu bemerken, daß, wenn der Schuldner Widerspruch erhebt, beantragt wird, die Sache zur Feriensache zu erklären, da nur, wenn dieser Antrag gestellt ist, Termin in den Ferien angesetzt werden kann.

Die Grundbuchsachen, Vormundschaftssachen

und sonstigen Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit werden auch in den Ferien erledigt; es ist aber zweckmäßig, während der Gerichtsferien nur in solchen Sachen Anträge zu stellen, die der Beschleunigung bedürfen, da, wie oben schon erwähnt, die Gerichte stark überlastet sind. Nach § 10 des Reichsgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit kann auch die Bearbeitung derjenigen Vormundschafts- und Nachlaßsachen, für die das Bedürfnis einer Beschleunigung nicht vorhanden ist, während der Ferien unterbleiben.

Es empfiehlt sich im allgemeinen, im besonderen aber in der Zeit der Gerichtsferien, den Aufschriften der an die Justizbehörden gerichteten Postsendungen den Namen des Adressanten nicht beizufügen. Wird der Name nämlich angegeben, so werden von der Postverwaltung diese Sendungen den Adressaten in ihren Ferienaufenthalt nachgesandt. Für die Absender entstehen dadurch Verzögerungen in der Erledigung ihrer Anträge, dazu werden die betreffenden Beamten durch die Zusendung der Post ohne jeden Grund in Anspruch genommen.

Die für die Justizbehörden bestimmten Postsendungen werden am schnellsten an die richtige Amtsstelle gelangen, wenn die Anschrift einfach lautet z. B.: an den Herrn Oberlandesgerichtspräsidenten, Düsseldorf; an den Herrn Landgerichtspräsidenten, Düsseldorf; an den Herrn Ober-Staatsanwalt, Düsseldorf usw.

Aus der Heimat

Rosenfest in Paffenlöh

Auf das am kommenden Sonntag, den 10. Juli, in den herrlichen Anlagen des Ausflugslokals Paffenlöh (Besitzer Herr Ernst Wolf) stattfindende Rosenfest, wozu das gesamte Blasorchester des Oelberger Musikvereins verpflichtet wurde, machen wir an dieser Stelle nochmals empfehlend aufmerksam.

Gartenkonzert in Wipperaue

Wipperaue, eine Gaststätte mit herrlicher Gartenanlage bei Hasenmühle an der Wupper, ist in diesem Jahre hundert Jahre in ununterbrochenem Besitz der Familie Evertz. Das alte bergische Fachwerkhaus steht noch, aber die weitläufigen Gartenanlagen mit Alpinum, Rosarium, mit Terassen und geschützten Hallen, Tanzflächen und Musiktempel tragen dem Geist der Neuzeit Rechnung. Am kommenden Sonntag, den 10. Juli, findet dortselbst ein großes Gartenkonzert mit Tanzeinlagen statt, zu dem die Solinger Stadtkapelle aufspielen wird. Im Anzeigenteil der morgigen Ausgabe macht Herr Otto Evertz noch ganz besonders auf die jetzige große Rosenpracht aufmerksam.

Was man vom Eichen wissen muß

Im Anzeigenteil der vorliegenden Ausgabe wird eine Anordnung für die preußische Eichverwaltung seitens des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe veröffentlicht, auf die wir unsere Leser ganz besonders aufmerksam machen.

Der Kölner Pferdemarkt

für den Monat Juli dieses Jahres fand am 6. ds. Mts. in den Anlagen des Kölner Schlacht- und Viehhofes statt. Im ganzen waren 341 Pferde aufgetrieben und zwar: 275 Arbeitspferde, 63 Geschäftswagenpferde, 1 Maultier, 2 Esel; ferner 33 Fahrzeuge. Der Geschäftsgang war ruhig. Der nächste Pferdemarkt ist am Mittwoch, den 3. August 1932.

Die Reichsbahndirektion Wuppertal in Juni

Der Stückgutverkehr brachte im Monat Juni gegenüber dem Vormonat einen weiteren Rückgang der sich auch auf den Wagenladungsverkehr ausdehnte. Die Zahl der arbeitstäglich abgefertigten Frachtbriefe ging um 4,1 Prozent, die Zahl der arbeitstäglich behandelten Stückguttonnen um 3,8 Prozent und die Zahl der arbeitstäglich gestellten Wagen um 3,7 Prozent zurück.

Gegenüber Juni 1931 wurden arbeitstäglich 17,9 Prozent weniger Frachtbriefe abgefertigt, 16,3 Prozent weniger Stückguttonnen behandelt und 20,1 Prozent weniger Güterwagen gestellt. Die Zahl der arbeitstäglich gestellten Güterwagen ist nunmehr auf rd. 50 Prozent des letzten Friedensjahres 1913 gesunken.

Der Personenverkehr ist im Juni trotz Beginns der Reisezeit ebenfalls zurückgegangen. Die schlechte Wirtschaftslage und das unfreundliche Wetter haben den Verkehr ungünstig beeinflußt. Es wurden 17,4 Prozent weniger Fahrkarten

Die Benutzung des Telegrafen

auf Eisenbahnreisen,

soweit der Zugfunk d. h. der unmittelbare Nachrichtenaustausch mit fahrenden Zügen nicht in Betracht kommt, ist vom 1. Juli an weiter erleichtert. Reisende in Schnell- und Eilzügen können dann bei den Zugbegleitern Telegramme außer nach Orten in Deutschland auch nach den meisten fremden Ländern Europas aufgeben. Die Telegramme müssen in offener Sprache abgefaßt sein, dürfen nicht mehr als 14 Gebührenwörter enthalten und keine besonderen Vermerke wie „RP", „LT", usw. tragen. An Gebühren werden runde Einheitssätze erhoben, die unter Zugrundelegung der Wortzahl 4 für jedes Land nach dessen Wortgebührensatz und unter Einrechnung eines Zuschlages von 20 Pfg. je Telegramm für die Aufgabe im Zuge festgesetzt sind. Ein Telegramm nach einem Ort in Deutschland kostet also (14×15) + 20 Rpf.=2,30 RM.

Telegramme an Reisende in Schnell- und Eilzügen werden ebenfalls vom 1. Juli an, wenn sie der Telegrammzusteller nicht am Zuge dem Telegrammempfänger aushändigen kann, dem Zugführer oder einem Zugschaffner übergeben, damit der Zugbegleiter die Anbringung im Zuge weiter versucht. Bisher mußte eine solche Ersatzzustellung durch den gebührenpflichtigen Dienstvermerk „FSZ" besonders verlangt werden und war zu bezahlen; künftig geschieht sie von Amtswegen. Solche Telegramme unterliegen also nur noch dem Zuschlag von 30 Rpf., wie er allgemein für jedes Telegramm erhoben wird, das an einen Eisenbahnreisenden unterwegs zugestellt werden soll.

Aus der Gemeinde Odenthal

Waldbeerernte erst ab 11. Juli

Die Zeit der Waldbeerenreife naht. Tag für Tag zieht die Bevölkerung in Scharen zur Ernte der Beeren in die Wälder unserer bergischen Heimat. So sehr man die damit gegebene Hilfe in seiner Ernährung dem Einzelnen, zumal in der gegenwärtigen Notzeit, gönnt, so muß doch mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß das Pflücken der Beere im Augenblick eine unmittelbare Schädigung der Interessen unserer Bevölkerung darstellt. Die Beeren sind in unserer Gegend noch keineswegs reif. Die unreife Frucht aber besitzt keinen Nähr- und Genußwert, sie muß als direkt schädlich für den Menschen bezeichnet werden. Es liegt daher im Interesse der Bevölkerung, wenn das Abernten der Waldbeere vor der Reife unterbunden wird. Die Bürgermeister von Odenthal und Bergisch Gladbach haben sich daher veranlaßt gesehen, entsprechend einem Ersuchen vieler Eigentümer der Waldparzellen, die Anordnung zu erlassen, daß erst am 11. ds. Mts. das Einsammeln der Waldbeeren beginnen darf, aus der Erfahrung heraus, daß erst zu diesem Zeitpunkt die Reife der Beere vorliegen wird. Diese Maßnahme findet zweifellos den Beifall jedes einsichtigen, auf das Gemeinwohl bedachten Bürgers. Im übrigen sei hier schon mitgeteilt, daß die Angelegenheit der Waldbeeren-Ernte in den kommenden Jahren Gegenstand einer generellen Polizeiverordnung werden soll, wie dies in anderen Gemeinden des bergischen Landes heute bereits der Fall ist.

Zum Schluß noch eine Bitte: Achte doch jeder darauf, daß bei dem Pflücken der Beeren nicht in unnötiger Weise die Pflanze der Beerenfrucht ausgerissen wird, denke jeder daran, daß der Strauch in den folgenden Jahren wieder Frucht tragen soll.

---

ausgegeben als im Vormonat, in den allerdings das Pfingstfest fiel. Gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres beträgt der Rückgang 29,5 Prozent.

Auch der Gepäck- und Expreßgutverkehr hat um 8,1 Prozent nachgelassen. Der Rückgang gegenüber Juni 1931 ist auch hier mit 18,1 Prozent erheblich.

Millionenbeträge für den notleidenden Baumarkt

Der Aufsichtsrat der Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot, Gemeinnützige GmbH in Ludwigsburg hat beschlossen, für eine in diesem Monat erfolgende Baugeldzuteilung den Betrag von 5 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen.

Die Höhe der neuen Baugeldzuteilung und die stetig steigenden Ziffern der Zuteilungen der GdF in den letzten 9 Monaten bestätigt von neuem die besondere Krisenfestigkeit dieses Unternehmens. Wurden im Herbst des vergangenen Jahres 3,6 Millionen, im Dezember 3,8 Millionen Mark zugeteilt, so steigerte sich bei der Frühjahrszuteilung 1932 der Betrag auf 4,6 Millionen Mark, um schließlich bei der in diesen Tagen vorgenommenen Sommerzuteilung in dieser Zeit des Niedergangs eine Rekordleistung des Aufstiegs zu erreichen. Immer mehr wird das Bausparen zum Träger unserer darniederliegenden Bauwirtschaft.

Es ist nur ein verhältnismäßig kleiner Schritt, bis die GdF insgesamt die 200. Million an 13 000 Bausparerfamilien ausschüttet.

Nehmt keine Kornähren in den Mund

Auf den Getreideähren entsteht im Sommer ein kleiner Pilz. Er ist der Erreger der lebensgefährdenden Strahlenpilzkrankheit im Gaumen oder im Verdauungskanal. Es bildet sich eine harte Geschwulst, dem dann ein Gewebezerfall folgt, wenn nicht der Arzt bei Zeiten eingreifen kann. Es mußten schon viele die kleine Unvorsichtigkeit mit dem Leben büßen. Also nochmals: Nehmt keine Kornähren in den Mund!

Der Arbeitgeber haftet für die Bürgersteuer seiner Arbeitnehmer

Alle Arbeitgeber, welche die Bürgersteuer von ihren Angestellten nicht einbehalten oder die einbehaltene Steuer noch nicht an die auf der Steuerkarte angegebene Kasse abgeführt haben, haften der Steuerbehörde gegenüber für die einzubehaltende Bürgersteuer ihrer Arbeitnehmer. Viele Arbeitgeber, insbesondere solche, die Hausangestellte oder Gewerbe-Gehilfen beschäftigen, haben bisher die Bürgersteuer für ihre Angestellten noch nicht abgeführt. In Kürze wird bei diesen Arbeitgebern durch städtische Beamte die ordnungsmäßige Einbehaltung und Abführung der Bürgersteuer kontrolliert. Die bei dieser Kontrolle festgestellten säumigen Arbeitgeber müssen auf Grund der Reichsabgaben-Ordnung bestraft werden. Zur Vermeidung von Haftansprüchen und Strafen werden alle säumigen Arbeitgeber wiederholt ersucht, die Bürgersteuer ihrer Arbeitnehmer, welche je zur Hälfte bereits am 10. Januar und 10. April ds. Js. fällig geworden ist, umgehend an die auf der Steuerkarte angegebene Kasse abzuführen.

Gefahren durch Nachlässigkeit

An manchen Stellen der Straße findet man zu dieser Zeit wieder Obstschalen. Kerne und Obstreste, die leichtsinnig fortgeworfen wurden. Wie manches Unglück ist schon durch solche Nachlässigkeit herbeigeführt worden. Wie leicht kann auf diesen Obstresten jemand ausgleiten und sich beim Fallen schweren Schaden zuziehen. Achtet daher darauf: Keine Obstreste auf die Straße werfen!

Westdeutsches

Aachen. Schmuggelbeute in einem Halbjahr. In der ersten Hälfte des Jahres 1932 wurden beim Hauptzollamt „Inlandsverkehr" in Aachen 1431 Strafverfahren wegen Schmuggels anhängig gemacht. An beschlagnahmten Waren wurden u. a. eingeliefert: 30 560 Kilogramm Kaffee, 690 Kilogramm Kakao, 172 Kilogramm Schokolade, 4925 Kilogramm Tabak, 3 031 000 Zigaretten, 22 000 Zigarren, 50 920 Heftchen Zigarettenpapier, 1868 Kilogramm Margarine und Fleischwaren, 327 Kilogramm Butter, 54 227 Kilogramm Zucker, 21 984 Kilogramm Getreide, 20 017 Kilogramm Mehl und 12 180 Kilogramm Brot. An Transportmitteln wurden beschlagnahmt: 45 Kraftwagen, 18 Krafträder und 400 Fahrräder.

Mülheim (Ruhr). Der „balanzierte" Etat. Die Stadtverordneten führten nach fünfeinhalbstündiger Aussprache die Beratung des diesjährigen Haushaltsplanes zu Ende, der mit 25 Mill. RM. „balanziert" d. h. auf der Einnahmenseite ist ein Betrag von 5,5 Mill RM. eingesetzt, den die Stadt als Reichswohlfahrtshilfe zu erhalten hofft. Ferner sind die Fehlbeträge aus den letzten Jahren und dem laufenden Jahre mit 5 Mill. RM. als „Kassenkredite" verzeichnet, so daß der tatsächliche Fehlbetrag einstweilen 10½ Mill RM beträgt. Mit 26 gegen 17 Stimmen wurde der Haushaltsplan angenommen und beschlossen, die Gewerbesteuersätze in der bisherigen Höhe zu belassen, nämlich 540 Prozent Ertragssteuer und 1840 Prozent Lohnsummensteuer. Dagegen wurde die Erhöhung der Bürgersteuer und der Gemeindegetränkesteuer einstimmig abgelehnt.

Bruder gegen Bruder. Aus Altenkirchen (Westerwald) wird gemeldet: Im benachbarten Rimbach ereignete sich in den Morgenstunden eine furchtbare Familientragödie. Die beiden Söhne der Witwe Schumacher im Alter von 28 und 38 Jahren gerieten in Streit. Plötzlich rannte der jüngere Bruder davon, erschien aber kurz darauf wieder mit einem Revolver in der Hand. Bevor der ältere Bruder ausweichen konnte, hatte ihn sein Gegner durch einen Schuß niedergestreckt. Als der Bruder sah, was er im Zorn angerichtet hatte, floh er aus dem Hause und brachte sich selbst einen Schuß bei, an dessen Folgen er starb.

Unter dem Verdacht der Devisenschiebung wurde der Kaufmann Roesicke aus Düsseldorf auf der Insel Borkum, wo er zur Kur weilte, verhaftet.

Neugeborenes Kind zwischen den Gleisen

Die Kindesmörderin aus dem Zuge heraus verhaftet

Morgens wurde zwischen den Stationen Ensdorf und Saarlouis zwischen den Gleisen ein neugeborenes Kind sterbend aufgefunden. Wie die Nachforschungen ergaben, hatte ein Mädchen das Kind in einem Klosett des Personenzuges, der kurz nach 8 Uhr von Saarbrücken nach Trier abfährt, geboren und nach der Geburt durch die Klosettöffnung geworfen. Das Mädchen wurde zusammen mit einem jungen Manne, der sich bei ihm befand, in Mettlach aus dem Zuge heraus festgenommen.

Keine Nachricht von den Weltfliegern

Aus Moskau (über Kowno), 7. Juli, wird gemeldet: Bis um 15 Uhr (MEZ.) lag nach Auskunft der Gesellschaft Ossoaviachim keine Mitteilung von den Weltfliegern vor.

Russische Flugzeuge haben die Strecke kontrolliert, aber keine Spur von dem Flugzeug gefunden. Das Ausbleiben der Flieger hat in Moskau große Nervosität ausgelöst. Auf Veranlassung der Ossoaviachim wurden Anfragen nach Polen und Lettland gerichtet, ob dort das Flugzeug gesichtet worden ist. Man glaubt, daß die Flieger die Orientierung verloren haben und sich außerhalb des sowjetrussischen Gebietes befinden. Auf dem Moskauer Flugplatz wurde Nachtbefeuerung eingerichtet, um den Fliegern im Falle ihrer Ankunft die Landung zu erleichtern.

Reisegelder nach der Tschechoslowakei

In einem zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei abgeschlossenen Abkommen ist eine teilweise Flüssigmachung der in den beiden Ländern infolge von Maßnahmen zur Regelung des Zahlungsverkehrs festliegenden Guthaben im Wege des Reiseverkehrs vorgesehen.

Für deutsche Reisende kommt folgendes Verfahren in Betracht. Mit Genehmigung der Devisenbewirtschaftungsstellen dürfen über den im Rahmen der Freigrenze zulässigen Betrag von 200 RM. hinaus weitere Beträge bis zu 500 RM. in Form von Akkreditiven, Schecks oder Auszahlungen auf Plätze in der Tschechoslowakei bei inländischen Kreditinstituten und Reisekreditbriefe oder Hotelgutscheine des Mitteleuropäischen Reisebüros erworben werden. Die Reisenden haben den Kreditinstituten oder Reisebüros, bei welchen sie Forderungen erwerben wollen, außer den Genehmigungsbescheiden auch die Reisepässe vorzulegen. Die Genehmigung berechtigt nur zur Bestreitung der Aufenthaltskosten in tschechoslowakischen Bädern, Kurorten und Sommerfrischen.

Deutsche Gläubiger, die in der Tschechoslowakei festliegende Guthaben besitzen, haben mit Genehmigung der Devisenbewirtschaftungsstellen und der Tschechoslowakischen Nationalbank Beträge bis zu 100 000 Kr. auf ein Sammelkonto bei der Böhmischen Unionbank in Prag zu überweisen, diese Beträge werden nach bestimmten Richtlinien zur Auszahlung in Reichsmark an die deutschen Gläubiger gelangen. Nähere Auskünfte erteilen die Industrie- und Handelskammern.

Betrug um den Menschenaffen?

Die Angelegenheit der umstrittenen Berechtigung der Orang-Pendek-Jagd in Mittel-Sumatra, die in der holländischen und internationalen Oeffentlichkeit kürzlich so viel von sich reden machte, hat eine neue Aufsehen erregende Wendung genommen. Meldungen aus Batavia zufolge hat der Direktor des Zoologischen Museums zu Buitenzorg, Dr. Dammering, auf Grund einer von ihm vorgenommenen Untersuchung des bei ihm eingelieferten Skeletts des Orang-Pendek erklärt, daß es sich dabei um ein Wesen handele, das keinerlei menschliche Kennzeichen aufweise, sondern vollkommen einem Affen ähnele. Es habe sich jedoch bei der Untersuchung herausgestellt, daß das übersandte Skelett nicht vollständig sei. Eine Anzahl Knochen und Wirbeln fehlten, die Schneidezähne seien abgetrennt worden und der Schwanz sei höchstwahrscheinlich abgeschnitten worden. Auch habe man augenscheinlich die Haut des erbeuteten Wesens geschoren und nur das Kopfhaar unberührt gelassen. Es sei daher nicht ausgeschlossen, daß man es mit einem Betrugsmanöver zu tun habe. Jedenfalls lasse sich auf diese Weise nicht einwandfrei feststellen, ob man es tatsächlich mit einem Exemplar des rätselhaften Orang Pendek zu tun habe, und ob dieser mehr einem Menschen oder Affen ähnele. Die Untersuchung ist auch dadurch erschwert worden, daß es sich um ein recht jugendliches Exemplar handelt. Sie soll jedoch fortgesetzt werden.

Aus der näheren Umgebung

Düsseldorf

Vergleich zwischen Generalmusikdirektor Weisbach und der Stadt Düsseldorf

In dem Rechtsstreit zwischen Generalmusikdirektor Weisbach und der Stadt Düsseldorf wurde am Donnerstag der vom Landesarbeitsgericht vor einigen Wochen gemachte Vergleichsvorschlag angenommen, womit die Differenzen zwischen der Stadt und Weisbach erledigt sind.

Köln

Für 300 Mark die Laufbahn verscherzt

Festgenommen wurden zwei Brüder aus Köln-Kalk wegen Betrugs und Urkundenfälschung. Der ältere Bruder war Angestellter einer hiesigen Bank und hat dort eingehende Zinsscheine von Wertpapieren unterschlagen, Fälschungen vorgenommen und die Zinsscheine durch seinen Bruder bei anderen Banken einlösen lassen. Die Unterschlagungen wurden seit April ds. Js. begangen. Der Erlös, etwa 300 Mark, wurde von beiden gemeinsam in Vergnügungsstätten durchgebracht.

Eine Tragödie auf dem Schiff Neptun

Auf das Schiff Neptun, das gegenwärtig im Deutzer Hafen liegt, kam Mittwochabend ein Unbekannter und bat die Frau des Schiffers um ein Glas Wasser. Als die Frau mit dem Wasser an Bord erschien, sah sie gerade noch, wie sich der Unbekannte in den Rhein stürzte. Der auf den Hilferuf seiner Frau aus der Karbine eilende Schiffseigentümer bemühte sich, den Mann zu retten, der jedoch vor seinen Augen lautlos versank.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Verkehrsunfall

Leverkusen, 8. Juli. In der Diergardtstraße überfuhr gestern beim Anlassen seines Kraftwagens ein Gemüsehändler aus der Montanusstraße seine Frau, die an einen Gartenzaun gedrückt wurde und schwere Beinbrüche erlitt. Sie wurde in das Krüppelheim nach Deutz gebracht.

Ein unverantwortlicher Autofahrer

Leverkusen, 8. Juli. Zu dem Unfall, dem, wie wir bereits berichteten, ein junges Mädchen zum Opfer fiel, erfahren wir noch, daß es sich bei der Ueberfahrenen um eine Verkäuferin aus Leverkusen handelt, die auf der Heimfahrt nach Leverkusen auf der rechten Straßenseite von dem überholenden Lieferwagen angefahren wurde. Von einigen Personen, die in der Nähe der Unfallstelle im Grase lagen, war nur das Geräusch eines Falles gehört worden. Die Leute, die anfangs der Meinung waren, es sei ein Korb vom Wagen gefallen, sahen später die Verletzte auf der Straße liegen. Diese Zeugen gaben auch an, daß der Lieferwagen, der sich nach dem Zusammenstoß in sehr schneller Fahrt in Richtung Köln bewegte, ohne Schlußlicht fuhr. Ein Zeuge hat bekundet, daß es sich bei dem unbekannten Wagen um einen rötlichen Lieferwagen mit Segeltuchverdeck, der hinten offen war, gehandelt hat. Ein Erkennungszeichen ist nicht festgestellt worden. Auch hat sich der Lieferwagenführer bisher noch nicht gemeldet.

Verwegene Flucht

Monheim, 8. Juli. Ein Polizeibeamter stellte am Mittwochvormittag in der Kreuzstraße einen etwa 35 Jahre alten Mann, der ihm verdächtig vorgekommen war. Bei dem Herannahen des Beamten ergriff der Mann mit seinem Fahrrade die Flucht, verfolgt von dem Beamten. Als er trotz aller Halterufe nicht anhielt, machte der Beamte von seiner Schußwaffe Gebrauch. Auch das nutzte nichts und es gelang dem Manne, in den Knipprather Busch zu entkommen. Unter Hinzuziehung eines größeren Polizeiaufgebotes und der Landjägerei sowie unter Mitwirkung der Forstbeamten wurde der Wald durchstreift, ohne daß es gelang, des Mannes habhaft zu werden. Wie die ebenfalls erschienene Langenfelder Polizei festgestellt hatte, ist der Mann über den Bahnübergang bei Stefeshofen in der Richtung auf die Provinzialstraße Köln—Düsseldorf entkommen. Es ist nicht festgestellt, um welche Persönlichkeit es sich handelt, und vor allen Dingen ist es rätselhaft, was den Mann bewog, die Flucht zu ergreifen und trotz der zahlreichen Schüsse nicht stehenzubleiben. Es muß sich um eine Person handeln, die entweder aus einer Strafanstalt entwichen oder an einer schweren Strafhandlung beteiligt gewesen ist und deswegen die nähere Bekanntschaft mit der Polizei zu befürchten hat.

Diebstahl am hellen Tage

Monheim, 8. Juli. Dienstagnachmittag benutzte ein Einbrecher die Gelegenheit, einem für kurze Zeit unbewachten Hause in der Lottenstraße einen Besuch abzustatten und außer einem Geldbetrage von 150 Mark auch noch eine Uhr mitzunehmen. Der Täter ist erkannt, jedoch konnte er bisher nicht festgenommen werden.

Zwei freie Badetage für Erwerbslose

Wermelskirchen, 8. Juli. Erwerbslose und sonstige Unterstützungsempfänger haben nebst ihren Familienangehörigen außer am Montagvormittag auch am Donnerstagvormittag bis 13 Uhr freien Zutritt zum Strandbad gegen Vorlage des Unterstützungsausweises.

Bergische Künstler

Das Bergische Land kann sich mit Recht rühmen, auf allen Gebieten der Kunst und Technik bedeutende Männer hervorgebracht zu haben. Von der jungen Generation bildender Künstler verdient es einer, hier erwähnt zu werden, dessen Originalzeichnung wir in unserer Zeitung brachten. Der Maler Curtius Schulten. Er stammt aus Elberfeld und lebt in Blankenheim in der Eifel. Das Oberniermuseum zu Bonn hatte ihm seine Pforten geöffnet für die Ausstellung von Werken, die das Ergebnis eines ernsten, schöpferischen Strebens sind. Das Fernweh trieb den Künstler nach Spanien, und was sich unseren Augen in farbigen Kontrasten offenbarte, das ist „Spanisches und Deutsches". Es gibt wohl kaum einen größeren Kontrast als die üppige Vegetation des Südens und der herbe schwermütige Reiz der Eifellandschaft, die zugleich des Künstlers Wahlheimat geworden ist. Die Ausstellung war reich beschickt mit Aquarellen und Pastellen aus Spanien, mit farbigen Zeichnungen und Radierungen (Porträtstudien), unter denen vor allem die spanische Gräfin und die Bauern aus Andalusien hervorzuheben sind, mit Aquarellen und Pastellen aus der Eifel und Radierungen, unter denen die Porträtstudien: Eiflerin, Lachende Münchnerin, Grimmige Alte und die treffsicheren Bilder von Ringelnatz und Terbom zu erwähnen sind. Schulten erweist sich als ein großer Kenner menschlicher Physiognomik. Auch seinen farbigen Porträtstudien haftet etwas Charakteristisches an. Nicht unerwähnt sollen bleiben die Bildnisse der Bildhauerin Katharina Velten, Elberfeld und der Filmschauspielerin Lilian Harvey. Unter den südländischen Porträtstudien seien besonders erwähnt Spanierinnen 1930, Orangen-Verkäuferin und die andalusische Zigeunerin. Einige der Werke des Künstlers sind von Museen angekauft, andere befinden sich in Privatbesitz. Von den Radierungen seien vor allem erwähnt (sofern sie noch käuflich sind): Einsamkeit und Sturm in der Eifel. Soviel ergibt sich für den Beschauer aus kurzem Ueberblick schon jetzt: Curtius Schulten ist eine große Hoffnung, vielleicht sogar eine Verheißung. Die Bergische Heimat darf ihn mit Stolz ihren Sohn nennen. Und das Museum in Wuppertal hat verschiedene seiner bedeutendsten Werke angekauft.

Nachtbesprechungen in Lausanne

Entspannungsmöglichkeit?

Im späteren Verlauf des gestrigen Abends wurden Reichskanzler von Papen und Reichsaußenminister Freiherr von Neurath noch ins englische Hauptquartier gebeten, wo sie im Augenblick des Wegganges von Herriot um 11 Uhr eintrafen.

Herriot äußerte sich bei seinem Weggang etwas zuversichtlicher und deutete an, er sehe die Möglichkeit einer Entspannung.

„Neue Formeln, neue Versuche"

Der Besuch des Reichskanzlers und des Reichsaußenministers bei der britischen Delegation dauerte bis 1,15 Uhr nachts. Die Besprechungen wurden lediglich mit Neville Chamberlain geführt. Bei der Rückkehr kennzeichneten die deutschen Delegierten den Inhalt der Besprechung als „neue Formeln, neue Versuche". Nach Äußerungen, die Herriot seinerseits inzwischen getan hat, besteht der Eindruck, daß man den Faden, der gestern nachmittag gerissen schien, wieder angeknüpft hat und Versuche macht, auch in Bezug auf die politischen Formeln die Verhandlungen wieder in Gang zu bringen. Herriot zeigte bei der Rückkehr aus dem Hotel Beau Rivage einen erheblichen Optimismus und meinte, daß es sich bei den Besprechungen um Sachverständigenarbeit handeln werde, die heute vollbracht werden könnte. Auf deutscher Seite ist man jedoch noch erheblich skeptischer.

Für alle Teile annehmbar?

Nach dem Besuch des Reichskanzlers und des Reichsaußenministers bei der englischen Delegation fuhren der englische Außenminister Sir John Simon und der englische Schatzkanzler Neville Chamberlain von Ouchy nach Lausanne, um mit der französischen Delegation noch eine Besprechung zu haben, die um 1,30 Uhr nachts begann.

Aus englischen Kreisen verlautet, daß man die Besprechungen über die politischen Bedingungen wieder aufgenommen habe. Es verlautet weiter, daß man sich einer Formel nähere, die für alle Teile annehmbar sein solle.

„Es geht gut"

Über die nächtlichen Zusammenkünfte, die zuerst zwischen dem deutschen Reichskanzler, dem deutschen Außenminister und der englischen Delegation, dann zwischen dem englischen Außenminister Simon, Schatzkanzler Chamberlain und Herriot stattgefunden haben und erst um 3 Uhr morgens ihren Abschluß fanden, verlautet von englischer Seite, die Lage habe sich zwar allgemein gebessert, obwohl es verfrüht wäre, von einem Übereinkommen zu sprechen. Im übrigen charakterisieren Herriots Worte „Es geht gut!", die er beim Verlassen der englischen Delegierten den anwesenden Journalisten sagte, die Lage am besten. Die Besprechungen gehen jedoch heute früh weiter. Es verlautet ferner, daß sich die Besprechungen auf die politische Formel des eventuell abzuschließenden Lausanner Vertrages konzentriert haben, und daß zwischen der deutschen und der französischen Delegation hierüber noch erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Nach einer Havasmeldung aus Lausanne hat die französische Delegation den Abschluß eines Konsultativpaktes zurückgewiesen.

Sir Walter Layton wirft in der „New Chronicle" Herriot vor, eine große Gelegenheit verpaßt zu haben. Die „Finanzial News" behauptet, Herriots Haltung erkläre sich daraus, daß er als Sozialist der gegenwärtigen deutschen Regierung am Vorabend der Reichstagswahl nicht entgegenkommen wolle.

Der polnische Außenminister Zaleski verhandelte in Lausanne mit Herriot über eine polnische Anleihe in Höhe von 300 Millionen Franken. Wie verlautet, wurde dieser polnische Wunsch abschlägig beschieden.

Die Rückkehr Herriots nach Paris ist für Samstagabend oder Sonntagvormittag festgesetzt.

Die Groß-Berliner Hafen- und Speicherarbeiter wollen am heutigen Freitag in den Streik treten.

Der französische Handelsminister Durand erklärte gestern, er sei geneigt, allmählich für jeden Industrie-Zweig die Handelshemmnisse der Kontingentierung abzubauen.

Der Untergang des französischen Unterseebootes „Promethee" hat in ganz Frankreich ungeheure Bestürzung hervorgerufen. Die Zahl der mit dem U-Boot gesunkenen Besatzung beträgt nach den letzten Angaben 64.

Entgegen Hoovers ausdrücklicher Ablehnung hat das amerikanische Repräsentantenhaus die Garner-Wagner-Vorlage, die 2,1 Milliarden Dollar für die Arbeitslosenhilfe vorsieht, mit 202 gegen 157 Stimmen angenommen, was einen politischen Sieg des demokratischen Vizepräsidentschaftskandidaten Garner bedeutet.

Davila hat heute die Befugnisse eines Alleinigen Präsidenten von Chile übernommen.

Vor der Einigung

In der Frühe des heutigen Freitags begaben sich der Reichskanzler von Papen und Reichsaußenminister von Neurath zum Hotel, wo MacDonald und Chamberlain gesonderte Besprechungen mit von Papen und von Neurath auf der einen Seite und mit Herriot und Germain-Martin auf der anderen Seite hatten. Die Entscheidung wird am heutigen Tage fallen. Wie wir erfahren handelt es sich um eine Präambel und einen Tributvertrag zwischen Deutschland und anderen Mächten. Sämtliche politische Fragen werden nicht berührt.

„So aus Ulk" niedergeschossen

Ein 16jähr. Lehrling aus Lübbecke verschaffte sich ein sonst zur Rattenjagd benutztes Gewehr. Dann ging er zu der 17jährigen Lina Maschmeier in Tengern und legte „so aus Ulk" das Gewehr an. Er kam dabei mit dem Finger unglücklicherweise dem Abzugshahn zu nahe. Es löste sich ein Schuß und das Mädchen sank, in die Schläfe getroffen, zusammen. Lebensgefährlich verletzt wurde es dem Krankenhaus zugeführt.

Das Bad im Salzsäuretank.

Mit einem blauen Auge kam kürzlich William Brewer davon, ein Arbeiter in einer chemischen Fabrik in Saville Town. Um abends den Heimweg abzukürzen, pflegte er unter anderem ein Stück auf der Kante eines großen, mit Salzsäure gefüllten Basins zu gehen. Dabei glitt er unlängst aus und stürzte in die den Tank zur Hälfte füllende Flüssigkeit. Angesichts des fürchterlichen ihm drohenden Endes sträubten sich Brewer im Sturz die Haare, um so erstaunter war er, als die „Salzsäure" ihm nicht den geringsten Schaden tat. Er wußte eben nicht, daß man den Tank an dem Tage gerade gereinigt hatte, Brewer nahm also nur ein Bad in — Wasser.

Die „Freiheit" wird geschrubbt!

Einst strahlte die Freiheitsstatue von Newyork — die „Liberty" — hell und leuchtend über das Wasser dahin — den Amerikareisenden entgegen. Das ist schon 47 Jahre her. Seitdem hat man kaum etwas an ihre repariert. Ein paar Risse wurden verschmiert, aber sonst steht sie noch da wie damals vor fast einem halben Jahrhundert. Der Unterschied ist nur der, daß die Liberty heute schwarz und verrußt ist. Ganz dunkel beinahe. Die Sachverständigen und ein paar Offiizere des Kriegsdepartements und ein Beamter der Kommission für die Schönheit öffentlicher Bauwerke haben nun endgültig festgestellt, daß es so nicht weitergehe. Eine Freiheitsstatue müsse blitzsauber sein. Und sei sie es nicht, dann müsse sie eben gewaschen werden. Was die Zeit nicht tat, das vollbrachten Wetter und Salzwasser der Meere. Das Kupfer ist mit Grünspan angelaufen, daß es, zusammen mit allem möglichen Schmutz, so ziemlich in allen Farben schillert. Chemiker und Säuberungsspezialisten haben einen Kriegsplan entworfen. Er braucht nur genehmigt zu werden, dann kommt die „Freiheit" in die große Wäsche, um denkbar sauber und pickfein aus dem Bad hervorzugehen.

Großer Preis für Rennwagen

Viecundvierzig Nennungen, eine noch nie erreichte Besetzung

Neun Tage sind es noch, die uns vom Großen Preis von Deutschland trennen, Tage emsigster Vorbereitung, fieberhafter Tätigkeit, spannender Erwartung, neun Tage noch, bis jene Stunde kommt, da auf dem Nürburgring 44 Rennwagen mit Fahrern aus Deutschland, der Tschechoslowakei, Oesterreich, Ungarn, Schweiz, Italien, Frankreich, Luxemburg, Belgien und England, also aus zehn europäischen Ländern an Start gehen. Diese grandiose Besetzung haben wir noch niemals in Deutschland erreicht und es gibt wohl keinen „Großen Preis" in ganz Europa, der eine derartige Nennungsliste aufweisen kann. Es wiederholt sich immer wieder, daß der „Große Preis des Nürburgrings" sich zu dem großen Rennen Europas gestaltet, das nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt in Fieber und Spannung versetzt.

Zwar haben wir in diesem Jahre nicht den großen Kampf unserer repräsentativen Marke Mercedes-Benz gegen die ausgesuchtesten Marken des Auslandes zu erwarten; und doch darf man sicher sein, daß auch dieser bevorstehende Kampf in Deutschland das gleiche Interesse findet, man darf aber auch weiter sicher sein, daß wir im nächsten Jahre wiederum Mercedes im Kampf sehen werden. Und so interessiert es uns umsomehr, wie weit sich denn nun im Laufe des letzten Jahres die Marken des Auslandes entwickelt haben, um wieviel sie schneller geworden sind. Hans Stuck von Villiez ist der einzige Deutsche, der auf Mercedes-SSK ins Rennen geht. Er wird gegenüber den schnellen Alfas mit Caracciola, Nuvolari, Borzachini und Campari, gegenüber den rassigen Bugattis mit Chiron, Varzi, Divo, Dreyfuß, Lehoux und Hartmann, gegenüber dem schnellen Maserati mit Ruggerie und Straight am Steuer einen schweren Stand haben. Auf Bugatti gehen ferner noch die beiden Deutschen Lewy und Pietsch ins Rennen, ferner noch der französische Herrenfahrer Logueville.

Dann kommt die Mittelklasse, die mit 20 Wagen eine ganz große Besetzung aufweist. Wir finden hier nach drei Jahren wieder einen ehemaligen Bugattifahrer, Hans Simons-Berlin, der auf dem Ollendorf'schen Wagen an Start geht. Auf dem neuen 8-Zylinderbugatti, der über 200 km laufen soll, kommen drei Fahrer und zwar der Berliner E. G. Burggaller, die Französin Madame Itier und der Sieger von Tunis, Ozannat-Paris. An deutschen Fahrern gehen in dieser Klasse ferner noch an Start: Steinweg auf Amilcar, Felix auf F. G. Motor Lombard, Scaron auf Amilkar, Vernat auf Salmson, Gyulai auf Alfa, desgleichen der Schweizer Täuber, Sieger dieser Klasse im Eifelrennen, Fürst Domenico Rosso di Cerami auf Maserati, der Luxemburger Zigrand auf Bugatti, der Wiener Graf Arco Zinneberg (Engelbert) auf Amilcar, ein Feld also, wie wir es noch niemals in der Geschichte des internationalen Rennsports in dieser Klasse erlebt haben.

Auch die kleine Klasse, Rennwagen bis 800 ccm, ist ausgezeichnet besetzt. Macher (DKW), Bäumer (Austin), Hedderich und Kohlrausch auf BMW sind die deutschen Fahrer. Ihnen stehen gegenüber: Marquis de Belleroche auf Austin, Hamilton auf MG, Urban-Emmerich auf MG Midget und Ruesch-Zürich. Man sieht also auch hier wiederum, daß trotz der schlechten Wirtschaftsverhältnisse, unter denen doch heute ganz Europa zu leiden hat, ein ungemindertes Interesse für den Rennsport besteht, und man darf daraus schließen, daß das gleiche Interesse bei dem sportinteressierten Publikum vorhanden ist. Denn noch niemals seit Bestehen des Nürburgringes war die Nachfrage nach Karten so groß wie in diesem Jahre. Noch niemals mußten seitens der Nürburgringverwaltung so viele Anfragen beantwortet werden wie in diesen Tagen. Viele Besucher haben sich bereits für die nächsten Tage angemeldet. Die Hotels der näheren Umgebung sind einschließlich der Privatquartiere fast restlos ausverkauft. Man darf also damit rechnen, daß schon in den nächsten Tagen ein reger Verkehr am Nürburgring einsetzen wird. Die Alfa-Romeo-Mannschaft wird in dieser Woche noch auf dem Nürburgring eintreffen, um mit ihrem neuen einsitzigen Rennwagen das Training aufzunehmen. Dieses Training gilt insbesondere einer eingehenden Reifenprüfung, weshalb auch die gesamte Montagemannschaft von Continental sich für die nächsten Tage angesagt hat. Inzwischen sind aber die ersten Trainingsfahrer bereits auf dem Nürburgring eingetroffen und zwar das neu gegründete deutsche Bugatti-Team, bestehend aus den Fahrern Simons, Lewy und Pietsch. Andere Fahrer haben sich für Anfang nächster Woche angesagt.

Auf dem Nürburgring wird in diesen Tagen fieberhaft gearbeitet. An Start und Ziel werden die großen Reklametafeln erneuert, viele neue sind hinzugekommen. Vor der Tribüne ist eine wundervolle Promenade geschaffen worden, die Terassenplätze gegenüber der Tribüne werden mit festem Untergurnd versehen. Der große neue Zuschauerplatz zwischen Tribüne und Südkehre erhält mehrere tausend Sitzplätze mit Tischen. Die Parkplatzanlagen an Start und Ziel sind inzwischen vorbildlich hergerichtet worden. Die vollkommene Umzäunung des Nürburgringes, die, darauf sei jetzt schon hingewiesen, die Sicht nirgendwo behindert, schreitet rüstig vorwärts. Stellenweise wird die Strecke noch ausgebessert, um in den nächsten Tagen in ihrem Gesamtkurs noch abgekehrt zu werden. Man sieht also, daß das Rennfieber oben in der sonst so stillen Eifel bereits jetzt ganz groß eingesetzt hat. Es wird sich weiter steigern, wenn erst einmal wieder die Rennmotoren in großer Zahl durch die Eifelwälder donnern, es wird sich steigern bis zu jener Sekunde, da wieder Zehntausende am Startplatz stehen, da Hunderttausende an der Strecke die ersten Fahrzeuge erwarten, bis zu jener Sekunde, da sich die Startflagge senkt und der größte Motorenkampf des Jahres beginnt:

der „Große Preis von Deutschland" auf dem Nürburgring am 17. Juli, Start 10 Uhr vormittags!

Zu diesem großen Rennen

am Sonntag, den 17. Juli

fährt Auto-Claas Burscheid

Fahrpreis 4.50 RM

Anmeldungen auch unter Ruf 547 baldigst erbeten

Turngemeinde Burscheid eV

Bezirks-Kinderturnfest in Dabringhausen

Wie schon bekannt, veranstaltet der 4. Bezirk am kommenden Sonntag-Nachmittag in Dabringhausen sein Kinderturnfest. Ueber 500 Kinder aus allen Teilen des 4. Bezirks werden sich wieder daran beteiligen. Wenn der Wettergott, wie im vorigen Jahre in Hilgen, ein Einsehen hat, wird diese Veranstaltung wieder für unsere kleinen Turnfreunde ein freudiges Erlebnis werden. Die teilnehmenden Kinder zahlen einen Festbeitrag von 10 Pfg. An Eintrittsgeld werden 20 Pfg. erhoben. Die Umkleidelokale sind für Knaben bei Gottschalk und für Mädchen bei Müller. Um 14 Uhr treten sämtliche Teilnehmer an der Postgarage zum Festzug durch den Ort zum Turnplatz an. Hier beginnen etwa um 14,30 Uhr die Wettkämpfe. Diese bestehen aus Dreikämpfen in mehreren Klassen, Staffeln, Tauziehen, humoristischen Wettkämpfen usw. Die Eltern der Kinder sind zu dieser Veranstaltung herzlich mit eingeladen. Auch Freunde und Gönner sind willkommen.

Die Kinder fahren um 12,30 Uhr ab Vereinslokal Lungstraß. Die Kampfrichter und Freunde des Kinderturnens fahren eine halbe Stunde später.

Am Samstag ab 3 Uhr ist Arbeitsdienst an der Turnhalle. Jeder muß kommen.

Das Neueste

In einer Hamburger Wahlkundgebung der SPD sprach Reichsfinanzminister a. D. Dr. Hilferding über das Thema „Marxismus oder Nationalsozialismus".

Geheimrat Hugenberg nahm auf einer Kundgebung der Deutschnationalen Volkspartei in Rostock das Wort.

Die Bayerische Volkspartei erläßt einen Wahlaufruf, in dem die Kampfziele der Partei umschrieben werden.

Der Reichstagsabgeordnete Gregor Strasser hat als Vorsitzender des Ueberwachungsausschusses des Reichstages die Anträge der Kommunisten, Sozialdemokraten, der Staatspartei, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei auf Einberufung dieses Ausschusses nunmehr endgültig abgelehnt.

Gerolstein. Der freiwillige Arbeitsdienst in der Eifel. Das Landesarbeitsamt der Rheinprovinz hat für den Bezirk des Arbeitsamtes Gerolstein in größerem Umfange die Einführung des freiwilligen Arbeitsdienstes anerkannt, bei dem etwa 250 Arbeitswillige auf rund 20 Wochen Beschäftigung finden, was einer Arbeitsleistung von 30 000 Tagewerken entspricht. Ein großer Teil der Arbeiten ist bereits in Angriff genommen. Es handelt sich dabei besonders um Oedlandkultivierungen Dränagearbeiten, Bau von Waldwegen und Wirtschaftswegen und die Entwässerung von Sumpfgebieten. Träger der Arbeiten sind u. a. eine größere Reihe von Gemeinden in den Kreisen Daun und Prüm, die Staatsforstverwaltung und gemeinnützige Genossenschaften und Verbände

Die Infektionskrankheiten in Europa

Wie die Gesundheitsabteilung des Völkerbundes bekannt gibt, kamen in Europa in den letzten 3 Monaten keinerlei Cholera- und Pestfälle vor. Blattern dagegen, die in England heimisch sind, ohne jedoch dort zu großer Sterblichkeit zu führen, verbreiteten sich in letzter Zeit ziemlich stark in Portugal. Hier erreichte die Sterblichkeit rund 10 Prozent. Auch in Spanien und Frankreich wurden einige Blatternfälle (durch Verschleppung nach den Hafenstädten) festgestellt. In Bulgarien, Rumänien und Polen, Jugoslawien, Litauen und der Tschechoslowakei traten Fleckfyphus-Fälle in größerem Umfange auf. Die Sterblichkeit betrug hier ebenfalls 10 Prozent.

Das Wetter von heute und morgen

Teils heiter, teils wolkig, ziemlich warm, schwache Luftbewegung.

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten

einschl. „Landmanns Sonntagsblatt"

Verantwortl. Schriftleiter:
i. V. Josef Maaßen, Burscheid.
Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10.

Der im heutigen Anzeigenteil abgesagte Aufmarsch der SA findet doch statt.

NSDAP (Ortsgruppe Burscheid)



KARNER DER DIKTATOR

VON WOLFGANG MARKEN

URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER WERDAU · SA

„Ich habe meine Urmaschine eingestellt," so begann er einfach. „Sie arbeitet. Meine Arbeitsmethode ist jetzt anders als in Deutschland. Dort war alles auf Zentralisation zugeschritten. Ich versorgte von meinem Werk aus ganz Deutschland. Diese Versorgung aber hat ihre Schwierigkeiten. Eine Störung im Werk kann das ganze Land lahmlegen. Dieser Möglichkeit gehe ich jetzt aus dem Wege und komme zur Dezentralisation. Ich stelle in meinen Werken das Kugelelement her, das magnetischen Strom liefert. Die Haupttype meines Kugelelements liefert einen Strom, der eine Höchstleistung von 10 PS. schafft. Dieses Element, das mit einem Rotor gekuppelt ist, gibt jeweils so viel Kraft her, wie gebraucht wird. Die Bedienung des Elementes ist kinderleicht. Ein Kind kann es ohne Schwierigkeit und ohne Gefahr bedienen. Ein solches Kugelelement hat eine schier unbegrenzte Lebensdauer, und jeder Bürger Rußlands kann es kaufen. Er kann damit heizen, braten, backen, Maschinen treiben. Der Bauer kann das Kugelelement benutzen, um seine Felder mit Erdmagnetismus zu versorgen, kann schlechten Boden veredeln und die Ernten verbessern. Ein solches Kugelelement wird einen Verkaufswert von etwa 30 Goldrubel haben. Eine vollkommene elektrische Einrichtung für eine Wohnung liefern die Karnerwerke in etwa einem Monat für rund 60 Goldrubel.

Ich bin jetzt mit der Herstellung der Kugelelemente im Großen beschäftigt. Rußland hat einen Bedarf von rund 60 Millionen Kugelelementen. Da meine Werke im Jahre rund 3 Millionen Kugelelemente zu füllen imstande sind, wird die restlose Belieferung Rußlands in zwanzig Jahren bewältigt sein. Eine so lange Zeit wird es aber nicht dauern, denn wir bauen bereits die zweite und dritte Urmaschine für Rußland, und in etwa einem Jahre werden wir die Lieferung verdoppeln und verdreifachen können. Für Fabrikbetriebe, für Lokomotiven, Lastwagen und Traktoren werden natürlich Kugelelemente von hundert, tausend und mehereren tausend PS. geliefert. Auch diese Kugelelemente werden rasch fertiggestellt.

Es wird bald in Rußland kein Auto mehr geben, das mit Benzin angetrieben wird. Unsere Autos erhalten das Kugelelement. Und so wirkt sich meine Erfindung nach allen Richtungen hin aus.

Ich gebe also Rußland, dem russischen Arbeiter, dem Bauer, den Fabriken, der Eisenbahn, dem Automobilbau mein Kugelelement in die Hand. Es macht einen jeden unabhängig. Das Element arbeitet überall zum Segen seines Besitzers, es bessert seine Lebensbedingungen.

Ich will Rußland zufrieden machen.

Ich will alle, die ohne Beruf, ohne Stellung und Einkommen sich ehrlich durchfristen, zusammenfassen in ein gewaltiges Arbeitsheer. Da ich die Verwaltung, die Rechtspflege und auch das Heer des Landes vermindern will, so nehme ich die überschüssigen Kräfte mit in das Arbeitsheer als Beamte, Angestellte, Soldaten. Das Arbeitsheer setzt sich also aus allen Schichten der Bevölkerung zusammen. Es ist eine Ehre, im Arbeitsheere zu dienen und der Arbeitspflicht zu genügen, denn es heißt Dienst am Vaterlande tun. Jedem, der im Arbeitsheere dient, will ich eine Heimstatt schaffen. Heimstätten schaffen, das ist die vornehmste Aufgabe des Arbeitsheeres.

Was soll das Arbeitsheer leisten? Es soll Rußlands Boden erschließen, soll das maßlose Wohnungselend, das Rußland im Innersten krank gemacht hat, bannen. Es soll dafür sorgen, daß jeder im Lande das hat, was er zum Leben braucht: Brot, Kleidung und Wohnung.

Das Arbeitsheer soll keine ewige Einrichtung sein. Es ist ein Provisorium, aus der Not geboren, um die Not zu bannen. Rußland wird immer ein Arbeitsheer haben, aber ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß in einem Jahrzehnt das stehende Wehrheer zugleich das Arbeitsheer ist.

Sie werden jetzt wissen wollen, wie ich das Arbeitsheer zu organisieren und einzusetzen gedenke.

In jeder Stadt wird ein Arbeitsamt eingerichtet, auf dem alle Arbeitslosen eingeschrieben werden. Sie erhalten Lebensmittel und Wohnung, aber keine geldliche Unterstützung, denn dazu ist Rußland nicht reich genug, und es wäre verfehlt. Ueber die Arbeitslosen einer jeden Stadt ist ein Organisator bestellt. Der hat die Aufgabe, die Kräfte zu verteilen, jeden möglichst nach seinem Können. Kranke und Arbeitsunfähige erhalten gleichfalls das, was sie zum Leben brauchen.

Die erste Aufgabe des Arbeitsheeres ist, alles Land, das rechts und links der Eisenbahnen oder in ihrer unmittelbaren Nähe liegt und Staatsbesitz ist, der Landwirtschaft zu erschließen. Es soll neue Güter einrichten, Häuser, Ställe und Scheunen bauen für Güter mit fünfzig Acker Land.

Millionen Hektar sind der Landwirtschaft zu erschließen. Ich will die Bauernschaft kräftigen. Ich will die Städte nicht anschwellen lassen, sondern aus den Städten den Strom der Menschen hinaus aufs Land führen.

Der Arbeitsplan für das kommende Jahr liegt schon vor. Ueber den Einsatz der Kräfte bin ich mir im klaren. Aber das neue Jahr kommt erst. Jetzt stehen Herbst und Winter vor der Tür. Ich kann diese Zeit nicht ungenützt verstreichen lassen. Es gilt, im Winter Baumaterial zusammenzuschaffen. Wir brauchen Hölzer und Ziegel. Der Bau der Häuser soll nach einer bestimmten Norm erfolgen. Vor allen Dingen brauchen wir Ziegel. Ich habe ein Verfahren entdeckt, Ziegel aus Erde, aus Asche herzustellen. Binnen weniger Wochen ist es möglich, alle Fabriken, die in Moskau und anderen russischen Städten leer stehen, in große Ziegelwerke umzuwandeln. Hunderttausend Bauernhäuser will ich bauen im kommenden Jahr. Bedenken Sie doch, welche ungeheuren Massen an Holz und Kalk und anderen Baumaterialien gebraucht werden. Das alles will ich in dem nächsten halben Jahre zusammenbringen, und es in ganz Rußland an tausenden von Flecken aufstapeln lassen, damit im Frühjahr begonnen werden kann.

Die Erde kostet nichts, die Herstellung fast nichts, denn mein Strom besorgt sie. Es kostet nur die Arbeitskraft, und darauf komme ich noch zu sprechen. Alles was wir zum Bauen brauchen, aber auch alles, haben wir im Lande und können es selber herstellen. Wie haben es nicht nötig, dem Ausland unser Geld zu geben. Nur die Kugelelemente, die wir dazu brauchen, liefert uns Deutschland, damit es rasch geht. Die Mäntel der großen Kugelelemente, die eine Arbeitsleistung von 20 000 PS. schaffen, kommen bereits in den nächsten Wochen. Die Montage und Einrichtung der Kugelelemente und der Anschluß der Hilfsmaschinen und Rotoren ist einfach. Dafür stehen die notwendigen Ingenieure zur Verfügung. Ich garantiere Ihnen, daß die Ziegelwerke des Staates in wenigen Wochen mit der Arbeit beginnen.

Die Unterbringung des Arbeitsheeres wird stellenweise auf Schwierigkeiten stoßen, aber sie ist eine Sache des guten Willens des russischen Volkes und läßt sich lösen.

Es handelt sich jetzt um die Kosten des Arbeitsheeres. Eine geldliche Entlohnung kommt — wenigstens jetzt — noch nicht in Frage. Aber die Unterhaltung des Arbeitsheeres, das alle unproduktiven Kräfte faßt, dürfte im Jahre mindestens eine und eine halbe Milliarde kosten."

Karner machte eine Pause. Begeisterung war in den Augen der Delegierten.

Aber als er diese Summe nannte, erschraken sie.

Karner wartete, bis das erregte Brausen abgeebbt war, dann nahm er wieder das Wort.

„Rußland ist in der Lage, diese Summe aufzubringen. Als noch keiner daran dachte, die unproduktiven Kräfte des Landes zu einer arbeitenden Armee zusammenzuschweißen, haben alle gelebt und sind auch satt geworden. Einer mußte dem anderen helfen. Rußlands Korn wuchs auch für sie, Rußland kleidete sie recht und schlecht, das heißt: das Volk, der Mitmensch, weniger der Staat. Jetzt nimmt der Staat dem russischen Volke diese Last ab. Es ist darum recht und billig, daß das gesamte russische Volk dem Staate hilft.

Rußlands Scheunen sind voll. Die Ernte war gut. Rußland hat Vieh genug. Alles was gebraucht wird, um das Arbeitsheer zu ernähren und zu kleiden, das hat Rußland. Der russische Bauer wird dem Staate für das Arbeitsheer sein überschüssiges Getreide und Vieh verkaufen. Die Schuhfabriken, die Spinnereien und Webereien werden den Staat als Großabnehmer haben.

Um das alles zu bezahlen, wird der Staat fünf Milliarden neue Banknoten herausgeben. Diese Noten haben keine Deckung in Gold, ihre Deckung ist die Kraft, die ich Rußland gebracht habe und die in Rußland arbeiten wird. Meine Kraft ist viele hunderte Milliarden wert.

Zu Ihrer Beruhigung will ich Ihnen heute schon eine Eröffnung machen.

In meinem Werke arbeiten zwölf Stoffgewinnungsmaschinen. Sie ziehen edle Metalle aus der Erde. Tag und Nacht arbeiten sie. Sie sind auf Platin eingestellt, und die Tagesausbeute der Maschinen, die sich bald vergrößern und verdoppeln wird, beträgt heute schon etwa zweihunderttausend Mark. Das macht in einem Jahre über 70 Millionen Goldmark. Im kommenden Jahre hoffe ich die Ausbeute auf eine Viertelmilliarde zu stellen. Ich werde Herrn Karmasoff, Herrn Kalycin und vier Vertreter aus Ihrer Mitte in mein Werk am Fuße des Urals führen, und sie alle werden sich von der Wahrheit meiner Worte überzeugen.

Das ist alles, was ich ihnen heute zu sagen habe.

Jetzt werde ich Sie eine lange Zeit nicht zu mir rufen lassen, denn es gilt, das gewaltige Werk so zu organisieren, daß nicht eine einzige Arbeitskraft verlorengeht. Ich bin glücklich, daß mich so viel guter Wille umgibt!"

Die Delegierten waren nicht zu halten. Sie klatschten und trampelten vor Begeisterung. Mit einem Male waren sie alle einig.

Sie erhoben sich und stürzten zu Karner, faßten nach seinen Händen und drückten sie.

Einige der Abgeordneten waren so erschüttert, daß sie an ihren Pulten saßen und schluchzten.

„Heiliges Rußland . . . Heimat . . . Mütterchen Rußland . . . Friede und Wohlstand wird über deine blutgetränkte Erde gehen."

* * *

Der Moskauer Sender, der zu dieser Zeit einer der stärksten der ganzen Welt war, sendete Karners große Programmrede in die Welt hinaus.

Das russische Volk, das an den Apparaten saß oder begierig den großen Lautsprechern lauschte, geriet in einen Taumel der Begeisterung.

Mit seiner Offenheit, die das Letzte klarlegte, begeisterte Karner die Menschen und erstarkte den guten Willen in ihnen.

Besonders die Bauernschaft Rußlands war von seinen Worten hingerissen.

Die Wirkung erfuhr selbstverständlich durch die Mitteilung von den Stoffgewinnungsmaschinen eine gewaltige Erhöhung.

* * *

Die halbe Welt lauschte Karner.

Die meisten waren der russischen Sprache nicht mächtig und verstanden seine Worte nicht, aber sie hörten ihn, die größte Persönlichkeit des Zeitalters, sprechen.

Als aber Karners Rede übersetzt und überall bekannt wurde, sah man sich bestürzt an. Die Völker der Großmächte waren betroffen, die Regierungen, die Börsen nicht minder.

Karners Aufbauprogramm nötigte ihnen in seiner gigantischen Einfachheit Bewunderung ab. Der Umstand aber, daß Karner mit seiner Kraft Edelmetalle aus der Erde zog, ließ sie bang erzittern.

Sie kannten die Macht des Geldes.

Und Platin war ein Wert ohnegleichen.

* * *

Karner empfing am gleichen Abend den Bevollmächtigten von Krupp.

Direktor von Soden hatte am Radioapparat die Rede Karners mit angehört und war überwältigt.

Er war besonders über den Schluß, der die Stoffgewinnungsmaschinen betraf, erstaunt und erfreut.

Wenn Karner wirklich vermochte, Metall nach Belieben aus der Erde zu ziehen, dann hatte er damit eine Macht in den Händen, mit der er alles einreißen und neuerbauen konnte.

Marie-Anne und Feodora Tomary, die gute Kameraden geworden waren, waren bei der Unterredung zugegen.

„Herr Karner," begann Herr von Soden, „wir verfolgen in Deutschland ihre Arbeit mit viel Interesse und Bewunderung, in die sich nur ein Bedauern darüber mischt, daß wir Sie verloren haben. Aber wir hoffen, nicht für immer. Ein neuer Geist erwacht in Deutschland."

„Ich freue mich dessen," sagte Karner. „Ich stehe als Sohn eines Russen und einer Deutschen gewissermaßen zwischen den beiden Völkern und wünsche nichts sehnlicher, als daß der Ausgleich zwischen Deutschland und Rußland, der für beide Völker eine Lebensnotwendigkeit ist, erfolgt. Ich arbeite daran. Doch kommen wir jetzt zu unserem Geschäft, Herr von Soden. Krupp hat meine Bestellung erhalten?"

„Ja."

„Aber . . . der Auftrag bot nicht die genügenden Garantien, und darum hat man Sie gesandt, um eine Basis, auf der wir uns treffen können, zu finden."

„So ist es, Herr Karner."

Karner lächelte. „Diese Vorsicht kann man der Firma Krupp nicht übelnehmen, denn schließlich handelt es sich um 50 Millionen Mark. Nun, Herr von Soden, genügt es Ihnen, wenn ich die Sendungen jeweils ein Vierteljahr nach Ablieferung in Platin bezahle?"

Soden sah Karner bewundernd und dankbar an.

„Das genügt, Herr Karner. Nur müßte ich Sie bitten, daß ich, wenn Sie mit den russischen Vertretern des russischen Kongresses durch Ihre Werke schreiten, teilnehmen darf."

„Das sollen Sie."

* * *

Karner fuhr bereits am nächsten Tage mit Herrn von Soden, Karmasoff, Kalycin und vier anderen Delegierten nach seinem Werke.

Es war noch halbfertig, die Bauten standen ohne Anstrich roh da, aber es wurde schon fleißig geschafft.

Als Karner seine Gäste zu den Stoffgewinnungsmaschinen führte, hielten sie den Atem an.

Tag und Nacht mit kleinen Pausen von halben Stunden arbeiteten diese Maschinen und saugten das Platin aus dem Schoße der Erde.

Karner bewies, daß seine Angaben richtig gewesen waren.

Die Ausbeute hatte sich sogar bedeutend gesteigert. Eine Maschine brachte an einem Tage bei rund zwanzig Stunden Arbeit Platin im Werte von über 100 000 Mark.

Soden, der Bevollmächtigte Krupps, sagte begeistert: „Krupp wird Ihnen jeden Kredit geben, Herr Karner!"

* * *

Tanoff wurde der Prozeß gemacht.

Der ehemalige Präsident leugnete, von den Alliierten Geld erhalten zu haben, bekannte sich aber als einen Gegner Karners. In dieser Eigenschaft, das gab er zu, habe er mit den anderen Regierungen sympathisiert. Es sei wohl richtig, daß ihm der amerikanische Gesandte einen Scheck in Höhe von drei Millionen Dollar überreicht habe. Diese Summe sei aber, wie der Botschafter extra betont habe, für wohltätige Einrichtungen bestimmt gewesen, und schon der Umstand, daß er den Scheck in seinem Konferenzzimmer habe liegen lassen, entlaste ihn. Seine Absicht sei es gewesen, den Mitgliedern der Regierung von der Schenkung Kenntnis zu geben und sie darüber beschließen zu lassen.

Er fand aber keinen Glauben.

Etwas anderes fiel noch ins Gewicht: die Tscheka.

Bei der Untersuchung hatte sich herausgestellt, daß Tanoff der geistige Leiter der Tscheka war, daß er sie benutzt hatte, um ihm mißliebige Personen kaltzustellen.

Es war ein gewaltiges Schuldkonto, das sich auf Tanoff häufte.

Das Gericht verurteilte ihn zu lebenslänglichem Zuchthaus, und Karner bestätigte das Urteil.

* * *

Das Arbeitsheer wurde aufgestellt.

Ueberall meldeten sich die Arbeitslosen freiwillig. Kein Zwang war nötig. Ja, es kamen sogar junge Bauernsöhne, die sich daheim überzählig fühlten, und baten um Einreihung. Einen Monat nach der denkwürdigen Programmrede hatte Karner die Listen mit den Zahlen

Fünf und eine viertel Million Mann war das Arbeitsheer stark. Davon gingen rund eine halbe Million Alte, Schwache und Kranke ab.

Karner hatte unermüdlich an seinem Organisationsplane gearbeitet. Er wußte, wo er anpacken mußte.

Er kannte Rußland jetzt in allen Teilen. In einer riesigen Karte von Rußland waren alle Arbeitsflecke eingezeichnet worden.

Die Füllung der großen Kugelelmente war reibungslos erfolgt. Sie wurden nach den Städten transportiert, und die Montage in Moskau, Petersburg, Tomsk, Omsk, Kasan und den vielen anderen Städten begann.

Nach den Weihnachtstagen rief der Befehl Karners bereits vierhunderttausend Menschen zur Arbeit.

Karner atmete tief auf, als er diesen Befehl gab. Jetzt erst fühlte er sich ein gutes Stück weiter. Das Volk hatte Arbeit. Das Warten, das manches Gute vernichtet, weil es zermürbt, war vorbei

Die Arbeit begann.

Es hatte in den wenigen Monaten wahrlich nicht an Schwierigkeiten gefehlt. Die Sowjetpartei, die immer noch viele Anhänger in Rußland hatte, war erneut agitatorisch in Erscheinung getreten.

„Warum gibt euch Karner kein Geld? Er holt es aus der Erde und schafft es nach Deutschland. Er soll euch doch entlohnen. Ueberhaupt, warum zwingt er euch die Arbeit als Pflicht auf? Wenn er Gold und Platin gewinnt, warum gibt er es euch nicht, damit ihr euer Dasein nach eurem Wunsche gestalten könnt?"

Diese Hetzreden machten auf einige Teile des Volkes Eindruck, aber Karner vermochte die Einheit für sich zu erhalten.

Allwöchentlich sprach er durch den Sender zu Rußlands Volk und unterrichtete es über den Fortgang.